Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher 6802

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407

Nr. 201 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk, ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig | Halle, Mittwoch, den 3. September 1919 | Anzeigenpreis: Die 9gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. — | 3. Jahrgang

Katastrophen-Politik.

Seit geraumer Zeit schon bemüht sich Heinrich Ströbel in der Berliner Wochenschrift „Die Weltbühne" seinen unabhängigen Parteifreunden begreiflich zu machen, was politische Vernunft ist. Neuerdings schreibt er über die Katastrophen-Politik:

„Das hohle Schlagwort von dem Rätesystem und der proletarischen Diktatur reicht nicht aus. Die klügeren der unabhängigen Führer hehlen selbst gar nicht, daß das russische System, das selbst den primitivsten Zuständen der Sowjetrepublik gegenüber versagte, für deutsche Verhältnisse nicht paßt. Sie wissen, daß **eine radikale Sozialisierung, eine „Vollsozialisierung", weder heute, noch übers Jahr möglich ist.** Sie wissen nicht minder, daß die Sozialisierung auf manchen Gebieten eben nur den Charakter der Verstaatlichung und Kommunalisierung tragen kann, wie unser Eisenbahnwesen ja schon längst, die Berliner Straßenbahn wenigstens letzter Tage in Gemeinbetrieb übergegangen ist. Und neben diesen staatlichen Betrieben werden auf Jahre, vielleicht auf Jahrzehnte hinaus ansehnliche Reste der kapitalistischen Privatwirtschaft bestehen bleiben müssen. Gilt das schon von der Industrie, so erst recht vom Handwerk, vom Handel, von der Landwirtschaft. Die Bauern kann man nicht im Handumdrehen sozialisieren, und auch der Großgrundbesitz wird sich erst allmählich genossenschaftlich bewirtschaften lassen. Stehen wir aber solchen wirtschaftlichen Notwendigkeiten gegenüber, so ist das Rätesystem nicht die schlechthin geeignete Repräsentativ- und Verwaltungsform.

Die intelligenteren und gewissenhafteren Führer der Unabhängigen begreifen das so gut wie wir. Sie wollen auch keineswegs eine sklavische Nachahmung des russischen Rätesystems. Aber diese private Einsicht genügt nicht: es ist höchste Zeit, sich auch öffentlich dazu zu bekennen, sie der primitiveren Auffassung ihrer Anhängermassen entgegenzusetzen. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die unabhängigen Führer sich einbildeten, sie könnten ruhig abwarten, bis die Regierungsgewalt ihnen eines Tages in den Schoß falle, und sich dann erst mit ihren Anhängern über das politische und soziale Programm verständigen. Schon stecken wir allzu tief in der Wirtschaftsanarchie, als daß man sich dann noch unsicheren Experimenten ergeben dürfte. Zudem könnten dann die Führer nicht erleben, daß die Massen, wenn man nicht jedem ihrer Wünsche und Illusionen zu Willen ist, über sie einfach zur Tagesordnung übergingen . . . Daß sich der Durchschnittsproletarier die Aufhebung der Klassenunterschiede weit einfacher vorstellt, als die ökonomischen Bedingungen das zulassen, ist verständlich . . . Aber aus dem Chaos reißt nur eine Regierung, die es

ehrlich meint mit der Demokratie

und sich weder auf den militärischen, doch auf den kommunistischen Terror verläßt!"

In einem Aufsatz Radikale Tat geht Ströbel auf das Thema noch näher ein und schreibt dabei seinen Parteigenossen ins Stammbuch:

„Es ist allerhöchste Zeit, daß die Leiter der U. S. P. D. dem Massengerede entgegentreten, das kapitalistische System sei so hoffnungslos zusammengebrochen, daß jeder Versuch des Wiederingangsetzens verlorene Liebesmüh sei, und sofortige radikale Abtragung und sozialistischer Neuaufbau durch das Rätesystem die einzige Rettung. Diesen pseudoradikalen Unsinn vernimmt man nicht nur auf der Straße und in Versammlungen, man liest ihn auch häufig genug in der unabhängigen Presse. Von dieser grobkörnig-plumpen oder fahrlässig gedankenlosen Agitationsphrase ist es dann leider nur ein Katzensprung bis zu der konfusen Vorstellung, daß die heutige Wirtschaft mit allen Mitteln sabotiert werden müsse, damit der Kapitalismus nicht neue Lebenskraft gewinne und sich allen Sozialisierungsversuchen entziehe. Gerade diejenigen Führer der Unabhängigen, die etwas von Volkswirtschaft verstehen, rücken weit ab von solcher Afterweisheit. So Rudolf Hilferding, der Chefredakteur der „Freiheit", auf dem Gewerkschaftskongreß. In seinem vor dieser Körperschaft gehaltenen Vortrage über Sozialisierung sprach er mit Nachdruck von der organischen Entwicklung des Wirtschaftslebens zu sozialistischen Formen, verwarf er entschieden die ökonomische Katastrophentheorie. Nicht einen Augenblick dürfe die gewaltige Wirtschaftsmaschinerie ins Stocken geraten, weil jede Unterbrechung über Millionen von Arbeitern Hunger und Elend verhänge. Auch dagegen wandte sich Hilferding, von der Sozialisierung eine sofortige materielle Besserstellung zu erwarten, überhaupt die soziale Umwälzung nur als Messer- und Gabelfrage zu betrachten. Diese Ausführungen stammen, wie gesagt, vom leitenden Redakteur des führenden Organs der Unabhängigen und decken sich völlig mit den Ansichten Kautskys, dessen überlegene Klarheit man in der Presse der Unabhängigen sonst allzu sehr vermißt. Selbst in der „Freiheit" vermag sich die Einsicht ihres Chefredakteurs nicht immer durchzusetzen, so daß der „Vorwärts" leider nicht Unrecht hat, wenn er den Unabhängigen vorwirft, zwischen der Theorie ihrer besten Köpfe und ihrer Agitationsmanier klaffe ein bedauerlicher Widerspruch. Dieser Widerspruch muß verschwinden, will die U. S. P. D. das Vertrauen des Gesamtproletariats gewinnen und die Fähigkeit, das Staatsschiff mit fester Hand zwischen Scylla und Charybdis, zwischen Reaktion und Bolschewismus hindurchzuführen. Auch ihre Tagesagitation unter den breiten Massen muß gewissenhaft nach der Erkenntnis ihrer klarsten Köpfe eingestellt sein. Sonst geht die Geschichte, wie beim Friedensschluß, wo wir die Folgen der Selbstausschaltung ja voraussagten, auch bei der Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Reaktion über sie zur Tagesordnung über. Einen inneren Widerspruch hat vor allem die U. S. P. D. zu überwinden: wenn sie die ökonomische Katastrophenpolitik verwirft, warum klammert sie sich da, ihren kommunistischen Nachbarn zuliebe, an die dogmatische Formel von der Diktatur des Proletariats? Wenn die Sozialisierung nur eine allmähliche, stufenförmige sein kann, warum sollen da Demokratie und Parlamentarismus nicht zur Durchführung dieser progressiven Entwicklung ausreichen?

Sollte man nicht vielmehr folgern: gerade weil die ökonomische Evolution zum Sozialismus ein ununterbrochener, mit peinlichster Sorgfalt zu regelnder Prozeß sein muß, ist auch die Demokratie die ihm einzig entsprechende Form? Denn nur das gleiche Wahlrecht gewährleistet das Höchstmaß der gesellschaftlichen Kontrolle und des allseitigen Arbeitseifers, die für die Kontinuität und die produktive Ergiebigkeit dieses Prozesses notwendig sind. Der Aufbau des Sozialismus hängt nicht nur von der Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter, sondern auch von der der Betriebsleiter, ja von dem guten Willen aller Gesellschaftsschichten ab. Die einseitige proletarische Diktatur, die Wahlentrechtung der Unternehmer aber reizen die bürgerlichen Schichten zur Sabotage an, wie das russische Beispiel hinlänglich bewiesen hat . . . Die Diktatur hat ihre eignen Gesetze, die aller guten Vorsätze spottet. Der Bolschewismus und der Noskismus sind dafür schlagende Beweise! Käme wirklich die proletarische Diktatur, so wälzte sie sich über die Haase und Hilferding nicht nur, sondern wahrscheinlich auch über die Däumig und Richard Müller hinweg und mit Elementargewalt ins kommunistische Strombett. An die Stelle der organischen Sozialisierung träte dann der überstürzt-dilettantische Versuch der „Vollsozialisierung" mit seinen unausbleiblichen Folgen von Wirtschaftszerrüttung und Massenelend. Der Diktatur entspränge dann der Terror, der Bürgerkrieg, die unabsehbare Kulturverwüstung."

So spricht ein Unabhängiger zu den Unabhängigen. Und wie dieser Unabhängige spricht, so sprechen so manche unter denjenigen der Unabhängigen, die etwas von Volkswirtschaft verstehen. Ströbel war in den ersten Kriegsjahren leitender Redakteur am Vorwärts und ist Kenner der Parteiverhältnisse. Seine Stimme verdient das vielfache Echo im Lande, damit die Unabhängigen, soweit sie noch nicht bis über die Ohren abhängig sind von Spartakus, es hören und beherzigen.

Der Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie für die zweite Internationale.

Teplitz, 2. September. In der gestrigen Sitzung des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Teplitz wurde der Anschluß an die zweite Internationale beschlossen. Der Antrag der Bodenbacher Sozialdemokraten auf Einführung des Rätesystems und der Diktatur des Proletariats wurde nach mehrstündiger Debatte abgelehnt.

Die Auflösung der Waffenstillstandskommission.

Dieser Tage haben, wie die P. P. N. an zuständiger Stelle erfahren, zwischen den beteiligten Reichsbehörden und der Waffenstillstandskommission Verhandlungen stattgefunden, die sich auf die Ueberleitung größerer Arbeitsgebiete der Waffenstillstandskommission auf die demnächst damit zu betrauenden Reichsstellen bezogen.

Nach Maßgabe dieser Besprechungen geht sofort das den Wiederaufbau betreffende Arbeitsgebiet unter vorläufiger Beibehaltung der bisherigen Arbeitsräume auf das Reichswirtschaftsministerium über.

England und Frankreich senden Botschafter nach Berlin.

Berlin, 3. September. Das „B. T." gibt eine Meldung des „New York Herald" wieder, daß Großbritannien beabsichtige, sogleich nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages nicht einen Geschäftsträger, sondern einen Botschafter nach Berlin zu entsenden. Frankreich würde dasselbe tun.

Rekrutierungen in Elsaß-Lothringen.

Nach der „Deutschen Allg. Zeitung" melden französische Blätter, daß die Jahrgänge 1918 und 1919 in Elsaß-Lothringen im nächsten Monat unter die Fahne gerufen werden. Sie werden in eigens gebildeten Verbänden mit elsässischen Unteroffizieren und Offizieren in Besancon, Belfort, Nancy und Reims garnisonierenden Regimentern eingereiht werden.

Bauernaufstände in Rußland.

Das bolschewistische Blatt „Prawda" berichtet, daß die Sowjet-Truppen einen Bauernaufstand unterdrücken mußten, der hauptsächlich von den Sozialrevolutionären organisiert war. Eine große Anzahl von Mitgliedern dieser Partei ist erschossen worden.

Man muß einigermaßen Kenner der russischen Verhältnisse sein, um die Bedeutung derartiger Bauernaufstände richtig einzuschätzen. Sie sind in Rußland seit Beginn der Bolschewistenherrschaft nichts Seltenes und sind, wenigstens soweit sie vereinzelt auftreten, nicht geeignet, die Herrschaft der Bolschewiki zu stürzen. Um so bemerkenswerter ist die Brutalität, mit der diese „Sozialisten" gegen die sozialrevolutionäre Partei vorgehen, in der sie ihre größten Feinde erblicken.

Wilson zwischen Kapital und Arbeit.

Washington, 2. September. Reuter. In einer aus Anlaß des amerikanischen Arbeitertages an die Arbeiter gerichteten Botschaft teilt Wilson mit, daß in kurzem eine Konferenz der Vertreter der Arbeiterschaft und der Industrie einberufen wird, um die grundlegenden Mittel zur Besserung der gesamten Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu beraten und die ganze Frage der Arbeiterlöhne auf eine neue Grundlage zu stellen.

Betriebsbeschränkungen im Dortmunder Revier.

Aus Dortmund wird gemeldet: Die Betriebseinschränkungen, die wegen des Kohlenmangels in Dortmund stattfinden, haben bisher nur geringen Umfang angenommen. So ist vorläufig für das Eisenstahlwerk Hösch nur ein einmaliger Feiertag am gestrigen Tage eingeschaltet worden. Sollte der Kohlenmangel jedoch weiter anhalten, wird man gezwungen sein, weitere Feiertage einzulegen. Von einer völligen Stillegung kann bisher keine Rede sein. Es handelt sich einzig und allein um Betriebseinschränkungen.

In Ungarn noch keine Klärung.

Dem Handelsminister Heinrich ist die Kabinettsbildung nicht gelungen, angeblich sollen namentlich die maßlosen Forderungen der Unabhängigkeitspartei Lovaszis das Scheitern verursacht haben. Man wird den Wahlen am 9. Sept. abwarten, ehe weitere Schritte unternommen werden.

Die Beamtenbeihilfe.

Gerüchtweise verlautet, daß die Absicht, den Beamten die Beschaffungsbeihilfe zu zahlen, aufgegeben worden sein soll. Diese Annahme entbehrt, wie die P. P. N. von zuständiger Stelle erfahren, jeglicher Begründung. Im Gegenteil wird die Beamtenbeihilfe schon in den nächsten Tagen ausgezahlt werden. Die diesbezügliche Verordnung ist bereits ergangen.

Die Sedanfeier erledigt.

Nach den vorliegenden Meldungen ist der gestrige Sedantag nirgends in Deutschland so begangen worden, wie die Deutschnationalen es gewünscht haben. Weder Flaggenschmuck noch Versammlungen sind zu bemerken gewesen. Der Erlaß des preußischen Innenministers Wolfgang Heine, der auf das Unzeitgemäße einer solchen Feier aufmerksam machte, hat die Gleichgültigkeit nicht allein hervorgerufen, sondern das deutsche Volk empfindet, daß es einiges andere dringender zu tun hat als Sedan zu feiern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190903-17/fragment/page=0001

Werkzeuge unsres Aufbaues.

Jede Verfassung erwächst aus dem lebendigen Leben heraus. Sie ist nicht und kann nicht sein der Ausdruck einer geschlossenen Weltanschauung oder eines Parteiprogramms. Bis zu dem utopischen Augenblick, da sich die Volksgesamtheit auf eine gemeinsame ethische, wirtschaftliche und politische Formel geeinigt hat, wird sie — solange Recht vor Gewalt geht — immer als Komponente vieler wirksamer Kräfte aufgefaßt werden müssen.

Das ist die reale Grundlage, auf der sich die Kritik des jetzt vollendeten Verfassungswerkes aufbauen müßte, wenn sie irgendeinen Anspruch auf Gerechtigkeit erheben will. Nur aus der Tatsache, daß dieser Boden bei der Erörterung meist verlassen wurde, ist es zu erklären, daß die großen zukunftweisenden Gedanken der Weimarer Verfassung bis jetzt noch in keinem Lager ihre genügende Würdigung fanden.

Es sei hier nur an die prächtigen, lapidaren Sätze des Artikels 1 erinnert:

„Das Deutsche Reich ist eine Republik."

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus."

Mit diesen Sätzen allein ist die tiefe Kluft gezeichnet zwischen dem Deutschland vor dem 9. November 1918 und dem heutigen. Ja mehr noch, es ist damit

der Entwicklung im sozialistischen Geiste freie Bahn geschaffen,

sofern nur die Zöhne und die Menschen, welche ihr dinen, die nötige Werbekraft besitzen.

Das Werkzeug zur Verwirklichung des Sozialismus ist die Demokratie, die politische, die wirtschaftliche und die Bildungsdemokratie. Dieses Werkzeug hat uns die Verfassung gegeben. Der demokratische Gedanke ist die einzige ungebrochene Linie im ganzen Verfassungsbau. Das ist nicht etwa das Ergebnis eines zufälligen Kräfteverhältnisses der Nationalversammlung, sondern entspricht völlig dem geschichtlichen Entwicklungsgang aller zivilisierten Staaten der Gegenwart. Deutschland ist eine Demokratie geworden, weil es eine solche werden mußte, weil die breitesten Volksmassen, zum Teil ohne sich dessen recht bewußt zu werden, in die Demokratie hineingewachsen waren. Erst am 31. Juli aber hat sich dieser Wille zur Demokratie seine gesetzliche Form geschaffen.

Aber Demokratie ist, wie gesagt, nichts als ein Werkzeug, eine Republik nichts als seelenlose Form;. alles kommt darauf an, welche Hand das Werkzeug führt, welcher Geist sich lebendig in die Form ergießt.

Wir finden Keime sozialistischer Ideen gleichwohl in dieser Verfassung. Der erste Abschnitt des konstruktiven Teiles beschäftigt sich mit dem Verhältnis des Reiches zu den Gliedstaaten. Sein Charakteristikum ist

ein ausgeprägtes Hinstreben zum Einheitsstaat.

Leider waren die Widerstände so groß, daß an ein völliges Aufgehen der Länder im Reich nicht gedacht werden konnte. So wird es noch viel Kampf und Mühe kosten, bis dieses Versäumnis der Revolutionstage gut gemacht ist. Aber die Finanznot des Reiches und die dadurch unvermeidliche Vereinheitlichung des Finanzwesens wird uns auch hier ein gut Stück weiter bringen.

Was bleibt schließlich an Partikularrechten übrig nach der ausgedehnten Gesetzgebungsbefugnis des Reiches, wie sie die Artikel 6 bis 11 einräumen, nach der Verreichlichung der Zölle (§ 83), des Post- und Telegraphenwesens (§ 88), der Eisenbahn (§ 89) und der Wasserstraßen. — Werden die Regierungen der Einzelländer nicht schließlich aus Mangel an Kompetenzen eines sanften Todes sterben? — Und damit wird der Reichsrat, der im vierten Abschnitt geschaffen ist, aufhören zu existieren; dieser Reichsrat, der, wie zu fürchten steht, eine sehr unliebsame und überflüssige Bremsvorrichtung an der deutschen Staatsmaschine darstellt.

Der siebente und letzte Abschnitt über die Rechtspflege räumt auf mit den militärischen Ehrengerichten und bahnt die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit überhaupt an. Man erinnert sich dabei der langen und erfolglosen Kämpfe der sozialdemokratischen Partei um die Verwirklichung dieser Forderung. Wie freudig wäre dieser Fortschritt noch vor ein paar Jahren begrüßt worden. Heute geht das ins Uferlose gewachsene Begehren achtlos an der wichtigen Sache vorbei. Und doch war es auch heute nicht leicht, alteingewurzelten Kastengeist und bureaukratische Bedenken zu überwinden.

Die Gestaltung des Gemeinschaftslebens, die Vorbereitung auf dieses soziale Dasein durch Bildung und Schule, die Stellung der staatlichen Gemeinschaft zu Problemen der Weltanschauung und die Stellung des einzelnen und der Gemeinschaft im wirtschaftlichen Mechanismus des Staates nehmen in der Verfassung von Weimar einen ungewohnt breiten Raum ein. Ungewohnt ist auch die volkstümliche Fassung der Grundrechte, die dem eingefleischten Juristen heimliche Seelenqual verursachen mag. Sie sind nicht Gesetze im gewöhnlichen Sinn, sondern geben zugleich Geist und Stoff künftiger Gesetzreformen. Man erzählt von der Schlacht auf den katalaunischen Gefilden, daß dort so heftig gekämpft wurde, daß die Manen der Gefallenen drei Tage und Nächte in der Luft weiter kämpften. Und der Kampf, der um den esprit des lois (Geist der Zukunft), den Geist der künftigen Gesetze, im Verfassungsausschuß gekämpft wurde, spiegelt sich an mancher Zwiespältigkeit, ja sogar oft in der Schwerfälligkeit des Ausdruckes wieder. Und wenn es nicht immer gelungen ist, ihn in Harmonie aufzulösen, so mag zum Troste gesagt sein, daß doch sehr viel Geist von unserem Geiste darin gefunden werden wird.

Die Betonung der

Gleichberechtigung beider Geschlechter

in der Ehe, der Schutz der Mutter, ganz einerlei ob es sich um die eheliche oder um die uneheliche Mutter handelt, die Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen, die Aufhebung des Eheverbotes für weibliche Beamte, die Zulassung aller Staatsbürger — also auch der Frauen zu den öffentlichen Aemtern — sind Forderungen, die zwangsläufig in der nächsten Zeit gesetzlich geregelt werden müssen.

Die Neugestaltung des Schulwesens, die Gegenstand leidenschaftlicher Auseinandersetzungen auch in der sozialdemokratischen Presse gewesen ist, bringt doch den Anfang der Einheitsschule, ermöglicht doch allen Befähigten den Aufstieg in die mittlere und höhere Schule, indem sie Erziehungsbeihilfen und Lehrmittelfreiheit gibt, läßt schließlich vollkommene Freiheit für Lehrer und Schüler in bezug auf religiöse Betätigung. Freilich darf nicht verschwiegen werden, daß die Gestalt, besser der Geist der öffentlichen Schule, nicht durch die Verfassung festgelegt ist.

Die Schule wird das werden, was die Erziehungsberechtigten durch ihre Ueberzeugungstreue und ihre Energie aus ihr zu machen vermögen. Denn sie können entscheiden, ob sie ihr Kind in eine Konfessionsschule, eine Simultanschule oder eine weltliche Schule schicken wollen.

Abschnitt 7 der Grundrechte endlich behandelt das Wirtschaftsleben. Auch hier überall verheißungsvolle Ansätze sozialistischer Staatsgestaltung. Wird der kommende Reichstag eine sozialistische Mehrheit aufweisen, dann erst werden die Genossen erkennen, welche Möglichkeiten in dieser Verfassung verborgen sind. Die Möglichkeit der Enteignung des Grundbesitzes, die Ueberführung privater Regale auf den Staat, die Regelung der Erzeugung, Herstellung, Verwendung, Preisgestaltung, Ein- und Ausfuhr nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen sind Probleme, die in der Weimarer Verfassung zwar nicht restlos gelöst, aber doch ernsthaft in Angriff genommen sind. Und schließlich findet der Abschnitt „Wirtschaftsleben" seinen Schlußstein in der gesetzlichen Anerkennung der Funktion der Arbeiterräte. Sie werden, indem sie an der „gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte" mitwirken, die politische Entwicklung nicht unbeeinflußt lassen. Es ist übrigens ein völliges Verkennen der geschichtlichen Mission der Arbeiterräte, sie als politische Organisation zu fordern, während, wie Dr. Sinzheimer, wie ich glaube mit Recht, ausgeführt hat, ihre Aufgabe sein wird, den politischen Staat in den Wirtschaftsstaat überzuführen.

Der Ruf nach den Räten ist entstanden aus dem ganz gesunden Empfinden heraus, die Verhältnisse zu gestalten, nicht sie bloß zu erleiden. Nun wohl, die Verfassung hat nur Anfänge, in vielen Fällen nur Möglichkeiten gegeben; nun arbeite, gestalte, deutsches Volk!

Antonie Pfülf, M. d. N.

Soziale Kämpfe im fernen Osten.

In der Humanité schreibt Marcel Cachin:

Der Krieg hat nicht nur das alte Europa und die kapitalistische „Zivilisation" des Westens bis ins Innerste um- und aufgewühlt. Obwohl eine strenge Zensur uns die sozialen Ereignisse in China und Japan zu verschleiern sucht, wissen wir dennoch, daß an den Küsten des Pacific nun auch die gelben Arbeiter in den Kampf gegen ihre Ausbeuter getreten sind, die sie in Knechtschaft halten. Ein großer kapitalistischer und imperialistischer Staat hat sich dort erhoben, geheimnisvoll und beunruhigend zugleich. Während der letzten fünf Jahre ist Japan gewachsen, wie keine andere Macht. Es hatte das Privileg, sich als Lieferant der kriegführenden Nationen zu bereichern, und als der Kampf zu Ende war, da ließ es sich als Preis für seinen Eintritt in den Völkerbund das Gebiet von Shantung versprechen. (Arme Liga der Nationen!)

Wie einem der größten Neuyorker Blätter, dem Brooklin Eagle, aus Tokio telegraphiert wird, haben im Reiche des Mikado als Folgeerscheinung des Krieges wichtige Volksbewegungen feste Formen angenommen. Die ungeheure industrielle Entwicklung des letzten Lustrums brachte ein kraftvolles Proletariat ans Licht, und der Sozialismus zieht nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern und die auf dem Gebiet der Erziehung tätigen Personen mehr und mehr an sich. Die Regierung und die besitzenden Klassen unterdrücken ohne Gnade die entstehende Partei, aber die ökonomischen Bedingungen sind derart, der Gegensatz zwischen der Armut der Massen und den skandalösen Kriegsgewinnen einer Minderheit ist so aufreizend, daß von nun an nichts mehr die Ideen der Empörung in ihrem Laufe aufhalten kann.

Die Arbeiter Japans haben ihren Führer zu einer Rundreise ins Ausland entsandt, sie verlangen von den Sektionen der Internationale die offizielle Anerkennung der soeben gegründeten sozialistischen Partei Japans. Zur gleichen Zeit kam in Südchina der selbe mächtige Ideensprung zum Durchbruch. Zum letzten Kongreß der dritten Internationale in Moskau hatte die sozialistische Arbeiterpartei Chinas einen Delegierten entsandt, Laen-tseu-Tsaon. Im Namen der chinesischen Proletarier, die unter nationaler Unterdrückung und internationalem Imperialismus leiden, der das Land wie eine Kolonie aufteilt, begrüßte dieser Delegierte die Kommunisten Rußlands. Er veröffentlichte in der Prawda vom 6. März 1919 über die Leiden des gequälten und getretenen chinesischen Volkes einen Artikel, den man nicht ohne Erregung lesen kann. Uebrigens steht der Chef des südchinesischen Parlaments Sun-Yatsin in Beziehung mit dem Rat der Volksbeauftragten. In einem veröffentlichten Briefwechsel erklären Tschitscherin und Sun-Yatsin, daß die Ziele der russischen und chinesischen Revolution gemeinsam sind.

Cachin betont dann, daß die Schwierigkeiten der Revolutionäre des fernen Ostens, besonders im Fünfhundert-Millionen-Reich China, unerhört groß sind. Trotzdem müsse das Erwachen dieser geknechteten und getretenen Völker von allen Sozialisten sympathisch begrüßt und mit allen Kräften unterstützt werden.

Immer wieder — Lügen-Freiheit.

Das Abflauen der „revolutionären Bewegung" paßt den Unabhängigen nicht in ihren Kram. Mit allen Mitteln sind sie bestrebt, das revolutionäre Feuer, das sich in Generalstreiks und Putschen offenbart, von neuem anzufachen. Alle Mittel werden in Bewegung gesetzt, um die nötige „Stimmung" zu schaffen. Hauptsächlich und immer wieder bedienen sich die unabhängigen Blätter in diesem Kampfe um die Erhaltung der „revolutionären Bewegung" der Lüge.

Mit Stolz druckt die „Freiheit" einen Artikel des „Populaires" ab, der „ein vernichtendes Urteil" über die Mehrheitssozialisten im allgemeinen und ihres Rosske im besonderen enthält. Die ganze Art des Artikels zeigt, daß er aufgebaut ist auf dem Material, welches die unabhängige Presse dem Auslande unter grober Entstellung der Wahrheit unterbreitet. Er geht aus von der Exmittierung des „roten" Vollzugsrates in Berlin und endet mit der großen Lüge der Unabhängigen von dem 170-Millionen-Geschenk der preußischen Regierung an Wilhelm II. Kein Wort liest man in ihm über die Heldentaten des exmittierten Vollzugsrates, kein Wort von der verfassungswidrigen Ausschreibung von Arbeiterratswahlen durch Richard Müller, und keine Silbe von dessen praktischer Anwendung des Mitbestimmungsrechtes. Desgleichen erfährt man aus dem „Populaires" nichts davon, daß die Unabhängigen in Gotha, wo sie bekanntlich Regierungspartei sind und die Mehrheit besitzen, ihrem Großherzog die Kleinigkeit von 150 Millionen Mark angeboten haben. Wenn die Mehrheitssozialdemokraten aber eine Forderung des Rechtsvertreters Wilhelm II. über 170 Millionen Mark Abfindung ablehnen und sich bereit erklären, über die Hälfte dieses Betrages zu verhandeln, diese 85 Millionen aber nicht Wilhelm II., sondern Erzberger auslisfern wollen, damit er zunächst einmal die nötigen Steuern davon abzieht, dann erheben die Unabhängigen einen Riesenlärm. Und doch sind diese wenigen Millionen, die für Wilhelm übrig bleiben werden, nur eine Kleinigkeit und die Mehrheitssozialisten Preußens wahre „Spartakisten" gegenüber den Unabhängigen Gothas, die ihrem Landesvater aus freien Stücken 150 Millionen anbieten.

In derselben Nummer des unabhängigen Berliner Blattes finden wir einen Artikel überschrieben: Lockspitzelarbeit in Oberschlesien? Darin wird ein angeblicher Bericht eines angeblichen ersten Stabsoffiziers der 117. Infanterie-Division in Gleiwitz abgedruckt. Sein wesentlicher Teil lautete: „Es gilt also, die Polen so weit zu bringen, daß ihrerseits eine vorzeitige Erhebung stattfindet und werden unsere derzeitigen Maßnahmen vollauf genügen, um der Bewegung Herr zu werden. Unsererseits wird nichts unversucht gelassen, um es so weit zu bringen." Was hier Organen der deutschen Regierung unterstellt wird, ist nichts weniger als ein gemeines Verbrechen und Hochverrat. In voller Absicht soll darnach eine Bewegung der Polen provoziert werden lediglich um den Blutdurst einiger Offiziere zu befriedigen. Aber dieser Schwindel der Unabhängigen lebte keine 12 Stunden. In aller Form bezeichnet eine amtliche Erklärung diese Alarmnachricht als plumpen Schwindel, der schon daraus zu erkennen ist, daß weder die angezogene Journalnummer noch die Dienststellung eines ersten Stabsoffiziers existiert. Weiter stellt dieses Dement fest, daß weder dieses noch ein anderes Schreiben gleichen oder ähnlichen Inhaltes vom Stabe der 117. I.-D. in Gleiwitz nach Breslau gesandt wurde. Wahrscheinlich wird man in den nächsten Tagen in irgend einer Ecke der unabhängigen Presse, in der Nähe des Vergnügungsanzeigers diese amtliche Erklärung finden.

Das sind die Waffen der Unabhängigen im Kampfe gegen die so verhaßten „Schein"sozialisten, wir achten jeden Gegner der ehrlich seine Ueberzeugung vertritt und den Gegner sachlich bekämpft, für die Unabhängigen haben wir aber auf Grund ihrer verlogenen und gewissenlosen Kampfesweise nur eines übrig, tiefste Verachtung! —

Alldeutsche Monarchisten.

Am Sonntag versammelte sich der Gesamtvorstand des alldeutschen Verbandes in Berlin.

Die einleitende Ansprache hielt der hinlänglich bekannte Vorsitzende des Verbandes, Rechtsanwalt Claß. Er begann mit einer wüsten Schimpferei auf die Revolution, die er „das größte Verbrechen der Weltgeschichte" nannte. Selbst wenn dies der Fall wäre, dann wären die Alldeutschen selber die indirekten Täter und Urheber des größten Verbrechens der Weltgeschichte. Als die geistigen Urheber des Krieges in Deutschland sind sie aber ohnehin das, als was sie andere bezeichnen.

Weiter betonte Rechtsanwalt Claß, daß die Alldeutschen sich auch mit der durch die Revolution geschaffenen Staatsform keineswegs abfinden würden. Der geschäftsführende Ausschuß hat mit allen gegen eine Stimme ein klares Bekenntnis zur Monarchie vorgeschlagen. Dabei ließ der Redner freilich durchblicken, daß selbst die Alldeutschen eine Rückkehr Wilhelms oder der Hohenzollern nicht wünschen, denn er betonte, daß „die neue Monarchie der deutschen Auffassung vom Herrschertum entsprechen müsse".

Als Hauptmangel der Zeit nach Bismarck bezeichnete Claß, daß sie das Arbeiten verlernt hätte. Das mag für die alldeutschen Großkapitalisten und Schieber allerdings zutreffen, freilich nicht so völlig der weitere Vorwurf Claßens gegen die Nachbismarcksche Zeit, daß sie die Arbeit nicht zu schützen gewußt habe. Die Arbeit anderer, die Arbeit ihrer ausgebeuteten Lohnsklaven, haben die alldeutschen Unternehmer stets sehr eifrig gefördert, wenn auch nicht moralisch geschätzt. Weiter wendete sich Claß dagegen, daß diejenigen die Politik des Vaterlandes machen, die nichts davon verstehen. So war es allerdings unter dem monarchischen System, wo ein Mann an der Spitze des Staates stand, der durch keinerlei Talent oder Geistesprobe seine Eignung zum Herrschen zu erweisen brauchte. In dasselbe Kapitel gehört es, wenn der folgende Redner, Freiherr v. Vietinghoff-Scheel, fragte, ob der Kaiser je die Rechte Wilsons gehabt habe. Uns ist es nicht bekannt, daß der Kaiser sich alle vier Jahre einer Neuwahl zu stellen gehabt und damit Rechenschaft über seine Taten in diesem Zeitraum vor dem Volke abzulegen gehabt habe. Wäre dies der Fall gewesen, so wäre er schon nach den ersten vier Jahren seiner Regierung auf Grund seiner bekannten Verrücktheiten vom Volke abgesetzt worden.

Der Vertreter der deutschösterreichischen Alldeutschen, Rechtsanwalt Rosin verlangte unter heftigen Verwünschungen des „fluchbeladenen Habsburger Hauses" die Herrschaft eines Hohenzollern über Deutschösterreich. Ist das die „neue" Monarchie?

Angenommen wurde eine Satzungsänderung, deren Punkt 2 die Wiederaufrichtung eines starken Kaisertums zum Ziel des Verbandes macht. Die Annahme dieses Punktes bot der Tagung Ursache zu einer weiteren monarchischen Demonstration und zu einem „Heil dem deutschen Kaiser" (unbekannt wer und wo).

In diesem Stile der fortgesetzten Demonstrationen und Provokationen bewegte sich die ganze Tagung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190903-17/fragment/page=0002

D. der Goltz lenkt ein.

Bei einer Parade der Eisernen Division bei Mitau erklärte Graf von der Goltz, alle wüßten, daß er die Weigerung der Truppen abzufahren, mißbillige. Er könne sich nicht an die Spitze einer Bewegung stellen, die gegen seinen Befehl gehe. Seine Pflicht sei es, auf die Schwierigkeiten der Ansiedlung im Baltikum aufmerksam zu machen. Er hoffe aber, daß England und Deutschland die Notwendigkeit des Verbleibens der Truppen einsehen würden. Sonst müsse gehorcht werden. Die Welt sei von der Güte der Truppe zu überzeugen. Wenn alle das Vaterland liebten, werde die neue deutsche Republik aufblühen. Mit diesem Ziel vor Augen hätten die Soldaten jedem Befehl zu folgen.

Die Abfindung des Herzogs von Koburg-Gotha.

Die Volksbeauftragten von Gotha hatten im Einverständnis mit der Landesversammlung dem Herzog einen Vergleich auf der Basis von 15 Millionen Mark angeboten. Der Herzog hat auf dieses Angebot überhaupt nicht geantwortet. Weder erhielten die Volksbeauftragten einen ablehnenden Bescheid noch einen Gegenvorschlag. Da die Gefahr bestand, daß die Güter des Herzogs von ihm verschoben werden könnten — die Volksbeauftragten hatten hierfür ganz bestimmte Anhaltspunkte — glaubten sie, fest zugreifen zu müssen. Sie haben aber nicht die Absicht, irgend welche Verfügungen über die Güter zu treffen, solange keine Entscheidung in den anhängigen Prozeß erfolgt ist.

Sie wollen im Parlamente bleiben.

Dem von unabhängigen Ausschüssen und Versammlungen gestellten Verlangen, ihre Parlamentarier sollten ihre Mandate niederlegen, tritt die „Freiheit" in ihrer Montagsnummer entgegen. Sie gibt einer Zuschrift Raum, in der es heißt:

„Die Sorge um unsere parlamentarischen Vertreter ist vollkommen überflüssig. Die Beteiligung unserer Partei an der parlamentarischen Tätigkeit stützt sich auf unser auf dem Parteitage festgelegtes Aktionsprogramm. Maßgebend für unsere parlamentarische Tätigkeit sind lediglich die Beschlüsse unserer Parteileitung.

Es ist ganz begreiflich daß die Weimarer Tagung bei den Arbeitern keine Freude ausgelöst hat, und daß das Parlament sich ständig diskredidierte. Unsere Parteivertreter hatten die Aufgabe, nach Kräften der Arbeiterschaft das wahre Gesicht dieser sogenannten „demokratischen Vertretung zu zeigen. Es wäre doch zu schade gewesen wenn das nicht geschehen wäre. Jede Aktion muß uns eben an der Arbeit finden.

Wenn in dieser Zuschrift die Meinung der Parteileitung zum Ausdrucke gelangt, so ist damit noch nicht gesagt, daß diese Auffassung das letzte Wort ist. Die Unabhängigen haben schon so oft und so schnell „umgelernt", wenn die Kommunisten es verlangten, daß sie auch in diesem Punkte mit sich handeln lassen werden. Amüsant ist, daß beispielsweise der unabhängige Eichhorn ein strikter Freund der „Diktatur des Proletariats" ist, sich also absolut zum Rätesystem bekennt, es aber damit für vereinbar hielt daß er bis in den August hinein ohne ein einzigesmal in Weimar zu erscheinen, seine Diäten einstrich. Eichhorn hat dadurch die Reichskasse um mehr als 5000 Mk. erleichtert ohne jede Gegenleistung.

Eine neue Falschmeldung.

Die Freiheit macht in letzter Zeit von der Berechtigung, als Oppositionsblatt haltlose Gerüchte oder Fälschungen als vollkommen zuverlässig in verhetzender Absicht zu veröffentlichen, einen etwas ausschweifenden Gebrauch. Ebenso wie sich der Befehl des Hauptmanns Gall in Gleiwitz als Fälschung herausstellte, ist auch der Bericht über die Versammlung der Bürgerwehr, die am Freitag, den 29. 8. 19 im „Neuen Krug" in Dahlem stattgefunden haben soll, unrichtig. Weder gibt es in Dahlem ein Restaurant dieses Namens, noch ist dort ein Rittmeister Maas bekannt. Endlich hat an dem erwähnten Tage überhaupt keine Versammlung der Dahlemer Bürgerwehr stattgefunden.

Die Verhaftung des Kommunisten Tiedt.

Auf Anordnung des militärischen Oberbefehlshabers ist gestern der Vorsitzende des internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten, Karl Tiedt, in Schutzhaft genommen worden. Den Anstoß zu dieser Maßregel gab die Tatsache, daß Tiedt am 23. August einen Demonstrationszug der Kriegsbeschädigten durch die Linden führte, obwohl derartige Aufzüge während des Belagerungszustandes verboten sind. Tiedt hat dieses Verbot ohne Bedenken übertreten und sich dessen noch öffentlich gerühmt. Tiedt ist übrigens eifriger Kommunist und hat als solcher den alten Bund der Kriegsbeschädigten gesprengt und an seine Stelle den jetzt bestehenden Internationalen Bund gesetzt, der weit mehr für eine kommunistische Umwälzung als für die wirtschaftlichen Interessen der Kriegsbeschädigten arbeitet. Tiedt hat die Opfer des Krieges lediglich als Vorspann für seine kommunistische Agitation benutzt.

Ein unabhängiger Führer als Schleichhändler und Wucherer.

Nach dem „Lok.-Anz." wurde in Elmshorn wegen Schleichhandels, Wuchers, Viehdiebstahls und Geheimschlächterei der unabhängige Parteiführer Schult zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Englische Gelder für deutsche Syndikalisten.

Berlin, 3. Sept. Der syndikalistische Deutsche Seemannsbund hat, nach dem Organ des Transportarbeiterverbandes, wie der „Lok.-Anz." mitteilt, Subventionen aus englischer Quelle erhalten, so Anfang August 1919 durch Vermittelung Havelock Wilsons in London 20 000 Mark.

Die Lage in Oberschlesien.

Aus Kattowitz wird berichtet: In Oberschlesien wird nirgends gestreikt. Auch die stillgelegten Gruben haben teilweise den Betrieb wieder aufgenommen. Jedoch sind Tausende von Arbeitern beschäftigungslos, welche die Werke noch nicht wieder einstellen konnten.

Die von polnischer Seite betriebene Propaganda, am 1. September einen neuen Generalstreik zu inszenieren, ist völlig gescheitert.

Polnische Einfälle nach Oberschlesien.

Auch in der Nacht zum Dienstag versuchten polnische Banden in Oberschlesien einzubrechen. Sie wurden zurückgeworfen. — Aus polnischer Gefangenschaft sind gestern 400 Deutsche zurückgekehrt, darunter die beim Aufstand in Oberschlesien verschleppten Militär- und Zivilpersonen.

Keine französischen Truppen in Oberschlesien.

Ein Berliner Morgenblatt brachte die Meldung, daß bei den letzten Angriffen der polnischen Aufständischen Truppen in französischen Uniformen beobachtet wurden. Es handelt sich dabei, wie die P. N. hören, um Uniformen, die anscheinend den Franzosen von den Polen gestohlen wurden. Keinesfalls waren Franzosen an den Kämpfen beteiligt. Es muß darauf hingewiesen werden, daß derartige Meldungen vor ihrer Weitergabe eingehend geprüft werden, weil sonst in der Bevölkerung dadurch eine unnötige Unruhe hervorgerufen werden kann.

Die Abstimmungskomödie von Eupen-Malmedy.

In den Kreisen Eupen und Malmedy im nordwestlichen Teile des besetzten Gebiets links vom Rhein soll nach dem Friedensvertrag die dortige Bevölkerung darüber abstimmen, ob sie zu Belgien oder weiter zu Deutschland gehören will. Die Art aber, wie Belgien beabsichtigt, dort die „Volksabstimmung" durchzuführen, ist glatte Erpressung. Dort soll die Abstimmung nicht geheim sein. Die Bevölkerung soll vielmehr in offene Listen sich eintragen und dadurch einseitig erklären, ob sie bei Deutschland bleiben wolle. Dabei wird gleichzeitig offen angedroht, daß diejenigen, die sich für Deutschland erklären, für den Fall, daß das Gebiet an Belgien fällt, mit Kind und Kegel abgeschoben werden. Damit trägt man Angst und Schrecken in die deutsche Bevölkerung und will erreichen, daß sie in ihrer Angst sich der Abstimmung überhaupt enthält. Es ist ein ganz unerhörtes Verfahren, alle Leute, die sich zur Abstimmungsfrage nicht erklären, einfach als für Belgien Stimmende zu erklären. Durch den Terror soll erreicht werden, daß die Bevölkerung, die dort Haus und Hof und ihren Wohnsitz hat, sich der Abstimmung fern hält, um nicht die Ausweisung und den Verlust der Heimat zu riskieren.

So sieht das Selbstbestimmungsrecht aus, das die Entente den Völkern versprochen hat. Dasselbe stellt sich hier aber als brutale Erpressung heraus, gegen welche die gesamte Oeffentlichkeit aufgerufen werden muß. Was sagen übrigens die Ententesozialisten zu dieser elenden Abstimmungskomödie?

Amerikanische „Freiheit".

Der dänischen sozialdemokratischen Partei ist ein Schreiben der Genossen in den Vereinigten Staaten zugegangen, das auf die brutale Verfolgung amerikanischer Sozialisten hinweist: Seit Kriegsanfang sind zahlreiche Bürger wegen ihrer politischen Gesinnung und auch wegen ihres religiösen Bekenntnisses verfolgt und bestraft worden. Es sind Verurteilungen von 5 bis 25 Jahren Gefängnis und Zuchthaus erfolgt. Ausnahmegesetze, die gegen die Arbeiter und ihre Organisationen gerichtet sind, wurden angenommen. Tausende von Arbeitern sitzen augenblicklich in den Gefängnissen.

Das Schreiben besagt u. a., daß O. Debs, der frühere Kandidat für den Präsidentenposten, eine zehnjährige Zuchthausstrafe verbüßen muß. Frau Käte O'Hare, die eine Zeitlang Sekretärin für das Internationale Sozialistenbureau war, erhielt eine fünfjährige Strafe. Der frühere Abgeordnete des Repräsentantenhauses, Viktor L. Berger, der letzten Herbst in seinem Staat zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, wurde zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Eine Reihe anderer Parteigenossen wurden zu ähnlich hohen Strafen verurteilt.

Der Kommunismus in Oesterreich.

Der deutschösterreichische Staatssekretär fürs Heerwesen, Genosse Dr. Deutsch, hat das Wiener Volkswehrbataillon Nr. 41 aufgelöst, eine Anzahl seiner Mitglieder, darunter zwei Offiziere, aus dem Verbande der Volkswehr entfernt und die übrigen in andere Bataillone aufgeteilt. Der Grund für diese Maßnahme waren Anzeichen dafür, daß das Bataillon nach dem Fall der Räte in Budapest mit Waffengewalt an die Ausrufung der Rätedictatur in Wien schreiten wolle.

Der Vorgang ist für den Geist bezeichnend, der die Anhänger der kommunistischen Politik erfüllt. Es sei hier gar nicht auf die weltfremde Utopie hingewiesen, die einer Ablehnung innewohnt, unmittelbar nach dem Mißlingen eines Versuches, ja gerade weil er mißlungen, ihn unter wesentlich ungünstigeren Vorbedingungen an anderer Stelle neuerdings zu propagieren. Aber der Vorgang in Wien ist aus anderem Grunde lehrreich. Die Verhältnisse waren in Deutschösterreich von vornherein nicht so feindlich zugespitzt, wie bei uns in Deutschland. Wie sich unsere Bruderpartei trotz schärfster theoretischer Auseinandersetzungen und taktischer — ja fast grundsätzlicher Verschiedenheiten — man denke an Friedrich Adlers befreiende, wenn auch nicht zu billigende Tat! — wie sie sich einig und ungespalten erhalten konnte, wie ihn ihr, und sogar an hervorragender Stelle, unseren Unabhängigen gleiche, ja selbst kommunistisch ausgerichtete Genossen doch einig dem gemeinsamen Ziel des Sozialismus zustreben; wie die Schule des unvergeßlichen Dr. Viktor Adler immer wieder den Geist der einigen Arbeit im großen und der Hintanstellung kleinlicher taktischer Gegensätze noch immer die Idee erhaltend und sichernd nachwirkte, so blieb auch der Kampf zwischen Sozialdemokratie und kommunistischer Diktatur auf erträglichen Formen beschränkt, er durfte mit Ausnahme weniger Entgleisungen als ein hauptsächlich mit geistigen Waffen geführter bezeichnet werden. Uebrigens konnten sich auch die Kommunisten Wiens über allzu schroffes oder gar gewalttätiges Vorgehen der regierenden Sozialisten nicht beklagen; Verständnis suchend, das sozialistische Ziel bedenkend, proletarisches Gefühl nicht vergessend, hatten die Wiener Genossen als Staatssekretäre, leitende Politiker und Redakteure den endgültigen Zerfall der proletarischen Einheitsfront zu verhindern gewußt.

Aber die Kommunisten, die doch für die Werbearbeit und den geistigen Kampf freie Bahn hatten, fanden dieser Zustand — wie überall in den durch die Revolution befreiten Staaten — für nicht genügend. Die ehemalige „Rote Garde" der Revolutionstage, das Bataillon, dessen Mitglieder zur Unterstützung der Räte nach Ungarn gezogen und dort ziemlich rücksichtslos als Kanonenfutter verwendet worden waren — dieses Bataillon 41 beschritt unter der geistigen Führung der zarten Salonkommunistin Dr. Eysler-Friedländer mehr kriegerische Wege. Handgranaten, Munition und Feuerwaffen wurden gesammelt, und gegen die gemeinsame Disziplin der im Soldatenrate vereinigten Volkswehr wurde der blutige Putsch vorbereitet.

Nun mußte selbst der bisher sehr freiheitlich links gesinnende Hauptmann und Führer der Volkswehr, Genosse Dr. Frey, schärfere Mittel empfehlen und durch den Zentral-Soldatenrat von der Regierung die Auflösung des unbotmäßigen Bataillons und seiner kommunistischen Verhetzer verlangen.

Diesem Gebot der Notwendigkeit ist nun entsprochen worden. Ohne Erregung und politischen Haß, objektiv sei die Sache bedacht: die Sammlung der Waffen, die Propaganda innerhalb der Volkswehr, auf die Kameraden vom Bataillon 41 nicht zu schießen, die Versagung der Disziplin gegenüber Führung und Soldatenrat zeigte klar, daß die kommunistischen Drahtzieher vor dem blutigen Putsch, vor dem Kampf mit den eigenen Kameraden, vor dem Bürgerkrieg nicht zurückschreckten. Ihn verhindert, uns das entsetzliche Bild erneuter Bruderkämpfe innerhalb der Proletariats erspart zu haben, ist das Verdienst, aber auch die Pflicht gegen Volk, Proletariat und Idee derjenigen gewesen, die hier energisch eingriffen.

Wir aber, die Zuseher, haben erneut den Beweis gesehen, daß die letzte kommunistische Waffe immer die der blutigen Gewalt ist, die wir allüberall ablehnen bis zur letzten Konsequenz.

Psyche.

8)

Novelle von Theodor Storm.

Der andre Tag war angebrochen.

So viel stand fest, er wollte fort; er hatte das Bedürfnis, ganz mit sich allein zu sein; kein Sohn einer Mutter, kein Freund eines Freundes. Er dachte an den Sprenzwald mit seinem Reh von hundert stillen Wasserarmen, in dessen Schatten er sich einmal mit seinem Freunde, dem Maler, einen schönen Sommermonat lang verloren hatte. Auf einsamem Nachen unter überhängenden Erlen hinzufahren, zwischen flüsterndem Schilfrohr oder durch die breiten schwimmenden Blätter der Wasserlilie — wie erquickende Kühle wehte es ihn an. Er ging rascher unter den bestaubten Linden der Hauptstadt dahin; er konnte morgen, ja schon heute abreisen. Nur noch einmal wollte er seine Psyche sehen und dann einem diensteifrigen Freunde alles übrige wegen Zurücknahme des Werkes übertragen.

Die Sonne stand noch schräg am Himmel. Die Säle des Akademiegebäudes waren zwar schon offen, aber die herkömmliche Stunde des Besuches war noch nicht gekommen. Nur in dem oberen Stockwerke, in welchem die Gemäldeausstellung ihren Platz hatte, standen einzelne Fremde hie und da vor einem Bilde; in den unteren Räumen, wo sich die Werke der Bildhauerkunst befanden, schien noch alles leer. Da sie gegen Westen lagen, auch ein par Kastanienbäume umweht der Fenster ihre laubreichen Zweige ausbreiteten, so entbehrten sie noch des helleren Lichtes; es war noch etwas von der unberührten Morgenfrühe in diesen hohen Sälen, und die Marmorbilder standen da in einsamer Schönheit und wie in feierlichem Schweigen.

Und doch, auch hier mußte schon ein Besucher sich eingefunden haben; denn ein leiser, tastender Schritt war eben in dem letzten der drei Säle verschollen, als der junge Bildhauer die Tür des Eingangssaales hinter sich geschlossen hatte. Auch er trat, wenngleich sicher wie im eigenen Hause, so doch fast behutsam auf, als scheue er sich, den Widerhall zu wecken, der nur leicht in diesen Räumen hallte.

Im mittleren Saale blieb er vor einer Venus stehen, die aus einer eben geöffneten Muschel zum erstenmal in die Welt des Sonnenlichts hinausblickten schien. Aber seine Augen lagen nur wie abwesend auf der üppigen Gestalt, die hier von sinnentrunkener Künstlerhand geschaffen war; er hätte wohl selber nicht zu sagen gewußt, weshalb er vor diesem ihm so fremden Bilde verweilte. Sein eigenes Werk befand sich nebenan im letzten Saale; er war ja nur gekommen, um einmal noch zu prüfen, wieviel von seinem Geheimnis es ihm unbewußt verraten haben könne, vielleicht auch — um in dem Marmorbild noch einen Abschied von der Lebenden zu nehmen. War es ihm doch plötzlich, als sei es in der lautlosen Stille dieser Hallen noch einmal wieder sein geworden, ja fast, als müsse er durch die offene Flügeltür das Atmen des schönen Steins vernehmen.

Da — es war keine Täuschung — schlug von dort ein leiser Klagelaut ihm an das Ohr; nur einmal, aber im fernen Walde von einer verwundeten Hindin, meinte er solchen Ton gehört zu haben.

Rasch war er auf die Schwelle getreten; aber er kam nicht weiter. Dort an einer der großen Porphyrsäulen, welche hier die Decken der Säle tragen, lehnte ein Mädchen, noch immer eine Mädchenknospe, wie in sich zusammenbrechend, und starrte mit aufgerissenen Augen seine Marmorgruppe an; ein kleiner Sonnenschirm, ein Sommerhut lagen am Boden neben ihr.

Nun wandte sie den Kopf, und ihre Augentrafen sich. Es war nur wie ein Blitz, der blendend zwischen ihnen aufgeleuchtet; aber das schöne, ihm zugewandte Mädchengesicht war von einem Ausdruck des Entsetzens wie versteinert. Den schlanken Körper wie zur Flucht gebogen, und doch mit niederhängenden Armen, stand sie da; nur ihre Augen irrten jetzt umher, als ob sie einen Ausgang suchten.

Vergebens! Dort auf der Schwelle, bis allein zur Freiheit führte, stand der schöne und furchtbare Mann, dem — seit wie lange schon! — selbst ihre Gedanken zu entfliehen strebten; zwar, wie sie selbst, noch immer unbeweglich, aber seine Arme waren nach ihr ausgestreckt.

Noch einmal wagte sie, ihn anzublicken; dann wie ein ratloses Kind, vergrub sie das Gesicht in ihren Händen; all ihre Kühnheit hatte sie verlassen.

— — Und nur einen Augenblick noch schwankte das Zünglein der Wage zwischen Tod und Leben; aber dann nicht länger.

„Psyche! Süße, holde Psyche!" — Seine Lippen stammelten; und an beiden Händen hielt er sie gefangen.

Sie bog den Kopf zurück, und wie zwei Sterne sah er ihre Augen untergehen. Er ließ sie nicht; in trunkenem Jubel hob er sie auf seine Arme; er bog den Mund zu ihrem kleinen Ohr nieder, und leise, aber mit einer Stimme, die vor Entzücken bebte, sprach er, was er einst nur fern von ihr gedacht: „Nun laß ich dich nicht mehr; ich gebe dich an keinen Gott heraus!"

Da regte auch der schöne Mund des Mädchens sich. „Sage: nie!" kam es wie ein Hauch zu ihm herauf; „sonst muß ich heute noch vor Scham erblinden!"

„Nie!" rief er laut; und wie Donner des Weltgeschickes hallte es von den Wänden des hohen Saales ihm zurück. „Nie, so lang ich hier im Lichte wandle!"

„Nein; sage: nie in alle Ewigkeit!"

„Nie in alle Ewigkeit! — Auch drunten, unter den flüsternden Schatten will ich bei dir sein!"

Seine Augen ruhten auf dem süßen Antlitz, das sie noch immer mit geschlossenen Lidern ihm entgegenhielt. Nun aber schlug sie leise die Wimpern auf; erst noch ein wenig zögernd, dann immer vertrauender blickte sie ihn an, und immer sonniger wurde der Ausdruck ihres lieblichen Gesichtes.

Wie lange er sie an seiner Brust gehalten? — Wer könnte es sagen! — Ein Vogel, der von draußen aus den Kastanienbäumen gegen die Fensterscheiben flog, brachte den ersten Laut Außenwelt zu ihren Ohren.

Da ließ er sie sanft zu Boden gleiten; nur mit einem Arm hielt er die leichte Gestalt umfangen. „Aber du!" sagte er — und es war, als wenn er plötzlich mit Erstaunen sie betrachte — „du schöne Lebendige, wie bist du nur hierhergeraten? Oder versteht vielleicht das Glück sich ganz von selbst?"

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190903-17/fragment/page=0003

Ab Freitag, den 5. September 1919

Leipzigerstrasse Nr. 88 — Fernruf 1224

Der Hoteldieb mit der vierten Hand

Eine seltsame Begebenheit in 5 Akten. In der Hauptrolle: Jack, der Wunderaffe!

Nur noch morgen: FERN ANDRA in „Die Rache des Titanen"

U.T

Alte Promenade Nr. 11a — Fernruf 5738

Der Teufel

Ein internationales Spiel in 4 Akten. In der Hauptrolle: Leopold Kramer

Nur noch morgen: „Die Verführten" mit GERTRUD WELCKER

Walhalla-Operettentheater.
Täglich 8 Uhr.
Drei alte Schachteln.
Kasse v. 10-1½ u. 4-6.

Stadt-Theater
Donnerstag, 4. Sept. 19.
Anfg. 7½. Ende 10½ Uhr:
St in unter Steinen.
Schausp. v. Sudermann.
Freitag:
Hannerl.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis

Alte Partei.

Heute Mittwoch, den 3. September 1919, abends 8 Uhr, im großen Saal des „St. Nikolaus", Nikolaistraße

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Thiele:
„Die Verfassung des neuen Deutschlands".
2. Die Aufgaben der Volksstimme.
3. Bericht von der Bezirkskonferenz
4. Ergänzungswahl des Vorstandes.
5. Verschiedenes.

Die Parteigenossen und -Genossinnen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist zur Kontrolle am Saaleingang vorzuzeigen. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Der Vorstand. J. A.: R. Heine, Vorsitzender.

Frauenspritzen
Klysos
Irrigatoren
Schläuche
Damenbinden
Krankenartikel
Ferdinand **Dehne** Nachf.
Gr. Steinstrasse 15.

Apollo-Theater
Hauptspiel Kurt Ollers Operetten-Gesellschaft
Täglich abends 8 Uhr
Ganz glänzender Ausstattungs-
„Der lachende Ehemann".
Operette v. E. Eysler.
Direktor H. Feiner a. G.
Vorverk. 9—1 u. 5—7.

Hippodrom Wintergarten.
Magdeburgerstr. 66
Direktion: Georg Arndt.

Während der Dauer des Volksfestes
täglich abends 7 Uhr
Gr. Reitsportfest,
wozu alle Sportliebhaber und Reitlustige eingeladen werden.
Herrliches Pferdematerial.
Vorzügl. Speisen und Getränke.

Alte Sozialdemokratische Partei,
Ortsverein Weißenfels.
Sonntag, den 7. September 1919 nachm. 3 Uhr in sämtlichen Räumen des „Schützenhauses"
❖ Großes Sommerfest ❖
bestehend aus Konzert, ausgeführt vom Städt. Orchester, Festrede, Tanz, Kind reizbeigung mit Konfettiwurfe. Unsere Mitglieder, Freunde und Gönner der Partei sind hierzu eingeladen. Der Vorstand.

Blattläuse
und alle Pflanzenschädlinge tötet man sicher mit
„Juckfin".
Die Pflanzen sind nach einmaligem Bestäuben frei von Ungeziefer.
Ueber die Vorzüglichkeit des „Juckfin" stehen mehrere 1000 Gutachten vor. Auf das echte „Juckfin" hüte! Kein anderes Präparat anwenden, sofort!
„Zwerge", G. m. b. H., Halle a. S., Gr. Märkerstr. 1.

Cumberland
war gestern ausverkauft.
Auf vielseitigen Wunsch
2. Gastspiel
im Bunten Abend am
4. September, abends ½8 Uhr
Karten zu M. 3.10, 2.10, 1.05 bei Hothan und Koch.
Konzertdirektion Hans Hermann.

Alle Art Hüte
(auch Herren-Hüte)
werden jetzt innerhalb
2—3 Wochen
auf modernste Formen umgearbeitet.
Gediegene Ausführung! Billigste Berechnung
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Franz Zenk,
Kleiner Berlin 1-2. Fernspr. 3428.
Zweiggeschäfte und Annahmestellen:
Leipzigerstrasse, Ecke Poststrasse. Fernsprecher 4613.
Geiststrasse, Adler-Apotheke.
Gr. Steinstrasse 33, Ecke Margaretenstr.
Merseburgerstr. 161, Ecke Königstr.

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden u. Leibwäsche **waschen?**
Nur noch in der
Hygienische Wäschereianstalt Halberstadt
Marienstrasse 2
2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt.
Fernsprecher 5692.
Weil ich dort **binnen 8—10 Tagen** bedient werde.
Auf Wunsch wird auch ausgebessert.

Alle Sorten Felle,
Häute, Tierfuchse u. Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplatz 2. Tel. 1176.

Schluss der Anzeigen-Annahme 10 Uhr.

Altenommierte Möbel-Fabrik
C. Hauptmann,
Kleine Ulrichstrasse 36 a und b.
Vornehme u. einfache Wohnungs-Einrichtungen.
Zirka 200 Musterzimmer.

Alle, abgespielte, auch zerbrochene
Grammophon-Platten
jeder Art, sowie
Phonograph.-Walzen
kauft zu hohen Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig,
Uhren u. Musikwerke.
Unt. Leipziger Str.

Tanz-Kontroller,
Tanz-Blumen, histor. Kopfbedeck., Eintritts- und Garderoben-Blocks
in grosser Auswahl bei
Paul Lange, Merseburger Str. 168,
(Nähe Riebeckplatz). 5840

Suchen Sie genau in Keller :: und Böden ::

Eisen	à 100 kg	**15—20 Mk.**
Gußeisen	à 100 kg	**20—25 Mk.**
Lumpen	à 100 kg	**30—40 Mk.**
Strumpfwolle	à 100 kg	**500 Mk.**
Sackzeug	à 100 kg	**30 Mk.**
Kupfer	à 100 kg	**450 Mk.**
Messing	à 100 kg	**270 Mk.**
Blei	à 100 kg	**100 Mk.**
Zink	à 100 kg	**100 Mk.**

Kaufe

Lumpensortieranstalt
Philipp Schwabach,
Halle a. S., Rathenerstr. 44. Tel. 5237.

Möbelvertrieb
Romanus Skipka & Co.
Leipzigerstrasse 16 — Steinweg 20
Wohnungs-Einrichtungen
in allen Preislagen.
Spezialität:
Verkauf nach Zeichnung zur Lieferung direkt ab Fabrik, daher äusserst preiswert. 5535

Englische Zigaretten
beste Marken, Goldflake, Sovereign usw.,
Nordhäuser Kautabak,
Reiner Rauchtabak
eingetroffen. — Vorteilhafte Bezugsquelle für Gastwirte usw. zu Engros-Preisen. 5955
Rich. Hennicke, Königstraße 5.

Tüchtige Polierer
stellt sofort ein
Möbelfabrik Albert Martick Nachf.,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Reparaturen an **Uhren** 5634
Übernimmt bei sorgfältiger Ausführung zu normalen Preisen
Kurt Unger, Uhrmacher.
Gr. Steinstr. 85
(gegenüber Hertie).

Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Gr. Ulrichstr. 27

Zu Ferdinand Lassalles 55. Todestag

empfehlen wir

Ferdinand Lassalles Schriften

Ueber Verfassungswesen. Drei Abhandlungen. Verfassungswesen. — Was nun? — Macht und Recht. Mk. 1.—

Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht, nachdem gegen die Anklage, die besitzenden Klassen zum Hass und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. Mk. 1.50

Meine Assisenrede, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die Königl. Gewalt angereizt zu haben. Mk. 1.50

Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichte mit der Idee des Arbeiterstandes. Mk. 1.25

Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen. Eine Verteidigungsrede vor dem Kgl. Kammergericht zu Berlin gegen die Anklage, die besitzenden Klassen zum Hass und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. Mk. 2.25

Der Lassallesche Kriminalprozeß. II. u. III. Zweites Heft: Die mündliche Verhandlung nach dem stenographischen Bericht. Drittes Heft: Das Urteil erster Instanz mit kritischen Randnoten zum Zwecke der Appellationsrechtfertigung dargestellt. Mk. —.75

Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig. Mit dieser offenen Lassalle die Notwendigkeit zur Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei; er widerlegt darin hauptsächlich die Schulze-Delitzsche Konsumvereins- und Genossenschaftstheorie. Mk. 1.50

An die Arbeiter Berlins. Eine Ansprache im Namen der Arbeiter des Allg. Deutschen Arbeitervereins. Mk. —.40

Die Felle, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Drei Stimmen des Tages. Eine Rede, gehalten in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Barmen, Solingen und Düsseldorf. Mk. —.80

Der Hochverratsprozeß wider Herrn Lassalle vor dem Staatsgerichtshofe zu Berlin am 12. März 1864. Nach dem stenographischen Bericht. Mk. —.60

Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen. Eine Rede, gehalten am Stiftungsfeste des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Mondorf am 22. Mai 1864. Mk. —.40

Herr Julian Schmidt, der Literaturhistoriker. Die Anmerkungen des „Bergmannsfreundes" zu dieser literarischen Hinrichtung des bürgerlichen Modeliteraten entstammen bekanntlich der Feder des späteren „Egoisten" Lothar Bucher. Mk. 1.20

Herr Bastiat-Schulze v. Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit. Lassalles ökonomisches Hauptwerk, das in populärster Darstellung die wirtschaftlichen Grundanschauungen der bürgerlichen Ökonomen widerlegt. Mk. 5.—

Franz von Sickingen. Historisches Drama. — Gotthold Ephraim Lessing vom juristischen Standpunkt. — Die Philosophie Fichtes und die Bedeutung des deutschen Volkgeistes. — Fichtes politisches Vermächtnis und die unsrige Gegenwart. Ein Sammelband. Gebunden Mk. 4.—

Die Philosophie Herakleitos des Dunklen von Ephesos. Nach einer neuen Sammlung seiner Bruchstücke und der Zeugnisse der Alten dargestellt. 4 Bände in 2 Bände gebund. Mk. 10.—

Intime Briefe Ferdinand Lassalles an Eltern und Geschwister. Herausgegeben von Ed. Bernstein. Mk. 5.—

Porträt Lassalles. Kupfertiefdruck auf Chinapapier Mk. 5.—

Jugendbildnis Lassalles in farbigem Lichtdruck nach einem Pastellgemälde. 17:22 cm Mk. 5.—

Lassalle-Büste. Größe 2 Mk. 35.—, Größe 3 Mk. 10.—; Größe 4 Mk. 5.—

Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse. Mit einem Lichtdruckbild Lassalles. Mk. 5.—

Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190903-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, 3. September 1919.

Sozialdemokrat. Verein für Halle und Saalkreis (Alte Partei).

Mittwoch, den 3. September 1919, abends 8 Uhr, im großen Saal des St. Nikolaus, Nikolaistraße:

Mitgliederversammlung!

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ziele: „Die Verfassung des neuen Deutschlands".
2. Die Aufgaben der Volksstimme.
3. Bericht von der Bezirkskonferenz.
4. Ergänzungswahl des Vorstandes.
5. Verschiedenes.

Die Parteigenossen und Genossinnen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist zur Kontrolle am Saaleingang vorzuzeigen. Gäste können durch die Mitglieder eingeführt werden.

Der Vorstand. J. A.: R. Heine, Vorsitzender.

„Lasset die Kindlein zu mir kommen!"

Die Deutschnationalen entfalten neuerdings in den hiesigen städtischen höheren Schulen mit Genehmigung der Schulleitung eine sehr eifrige Parteiagitation. Ein deutschnationaler Jugendbund bezw. Schülerbund ist gegründet worden und gestern wurden von Schülern und Schülerinnen schwarz-weiß-rote Abzeichen aus Pappe getragen mit der Aufschrift Deutschnational. Der Vater eines Schülers beschwerte sich bei uns über dieses Treiben. Wir fordern, daß Herr Stadtschulrat Brendel sofort die geeigneten Maßnahmen ergreift, um dem Unfug ein Ende zu machen. Die ganz überwiegende Mehrheit der Eltern lehnt entschieden ab, die Schulen zum Tummelplatz reaktionärer und antisemitischer Wühlereien machen zu lassen.

Dunkelmänner.

Ein wohlbekannter „Herr" aus dem halleschen Bezirksbergarbeiterrat benutzt schon seit längerer Zeit die Spalten des würdigen Volksblattes, um eine versteckte Offensive gegen die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes einzuleiten. Wenn die dargebrachten Schimpfartikel, Versammlungs„berichte" usw. auch alle anonym sind, so zeigt doch die immer gleichmäßige gedankenarme Oede dieser „Erzeugnisse", daß immer derselbe geistig arme Schmierer die „Streifeder" geführt hat. Die voll und ganz kompetenzfähigen Vertrauensmännerkonferenzen des Bergarbeiterverbandes werden von dieser allwissenden Leuchte als Rumpfkonferenzen bezeichnet. Da er zu kurze Zeit sich in das Wesen der Arbeiterbewegung vertieft hat, so gestatten wir ihm folgende Aufklärung zu geben: Die Teilnehmer an derartigen Konferenzen kann nicht Garbe und Undeutsch „bestimmen", sondern schon seit dreißig Jahren werden auf vollkommen demokratischer Grundlage von den Verbandsmitgliedern Vertrauensmänner gewählt. Diese Vertrauensleute sind natürlich auch die Teilnehmer ihrer Konferenzen, die eben aus diesem Grunde Vertrauensmännerkonferenzen genannt werden. Diese Bestimmung ist nicht in „Dunkelkammern" ausgebaut worden, sondern darüber gibt jedem Unbefangenen das Verbandsstatut klar und unzweideutig Antwort. Wenn nun ein dem Verband fernstehender Jünger des Artikelschreibers auf dieser Konferenz erscheint, so ist es doch nur in der Ordnung, wenn die Vertrauensleute solche Leute aus ihrem Sitzungszimmer weisen. Wenn man mit derartigen an den Haaren herbeigezogenen „Beweisen" über die demokratische Einrichtung der Vertrauensmännerkonferenzen den Stab brechen will, so sind die dazu erforderlichen Argumente nicht sehr reichlich zusammengeflossen. Wenn weiter auf „bandwurmartige" Resolutionen in diesen Konferenzen hingewiesen wird, so möchten wir nur an die berühmte „Generalstreiksresolution", das Verlegenheitsprodukt der Peters-Reichskonferenz", hinweisen. Der prophetisch veranlagte Schreiber weiß auch, daß vier Fünftel der Bergarbeiter über die Beschlüsse der Käthener Konferenz mit dem Kopfe schütteln werden. Wir raten diesem ehemaligen Generalstreikschef nochmals, die bösen Zahlen aus dem Spiel zu lassen. Denn derartiges Rechnen macht ihm tatsächlich Schwierigkeiten, da er nie über das Multiplizieren hinauskommt. Seine „Generalstreikszahlenberichte" sind noch in zu frischer Erinnerung. Die Notiz schließt mit dem Hinweis, daß nichts über die Demokratie geht. Wir fügen noch bei, daß nichts über das Pharisäertum dieses unentwegten Helden geht.

Fettpolonaise.

Der mittlere Arbeiterrat schreibt uns: In den letzten Tagen voriger Woche konnte man wieder einen Sturm auf Läden beobachten, in welchen Fett zum Verkauf gebracht wurde. Es ist dies begreiflich, da alle Fettsachen vergriffen waren. Wir können zur Beruhigung des Publikums mitteilen, daß bereits größere Mengen Fett zu annehmbaren Preisen im Anrollen begriffen sind. Deshalb braucht sich niemand anzustellen, zu drängen und zu stoßen. Es haben sogar Prügeleien statgefunden. Diese Beunruhigung ist hauptsächlich auf einen Teil preistreibender Fleischer und Händler zurückzuführen. Der Tagespreis für Fett ist auf 11.80 Mark festgesetzt, welcher nicht überschritten werden darf.

* **Alle Leiter der Kriegsgefangenenheimkehren** (Fürsorgestellen für heimgekehrte Kriegsgefangene) in der ganzen Provinz werden von Herrn Tittel, Halle, dem Leiter der hallischen Kriegsgefangenenheimkehr, im Einverständnis mit der Heimkehrabteilung des Generalkommandos 4. Armeekorps Magdeburg, zu einer vielfach gewünschten gemeinsamen Tagung im hallischen Kriegsgefangenen-Heimkehrheim im Personenbahnhofe zu Halle für Donnerstag, den 11. und Freitag, den 12. September, dringend eingeladen. Auch die Beteiligung der Herren Vertreter der für die Kriegsgefangenenheimkehren interessierten militärischen, städtischen und Regierungs-Behörden wird erbeten. Anmeldungen sind schnellstens an Herrn Tittel, Halle, zu richten, von dem dann die Tagesordnung und alle näheren Mitteilungen verschickt werden. Alle Tageszeitungen der Provinz Sachsen werden im Interesse ihrer Leser um Aufnahme dieser Zeilen unter den Ortsnachrichten erbeten.

* **Ueberfüllung des Lehrer- und Lehrerinnenberufes.** Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Die bestehende Ueberfüllung des Lehrer- und Lehrerinnenberufes, die sich in den nächsten Jahren noch steigern wird, macht eine erhebliche Einschränkung bei der Aufnahme in die Präparanden- und Präparandinnenanstalten nötig. So bedauerlich es auch ist, daß dadurch vielen der Zugang zu dem genannten Beruf verschlossen wird, liegt es doch im wohlverstandenen Interesse der Schüler und Schülerinnen, daß sie von dem Eintritt in einen Beruf ferngehalten werden, in dem sie nach Lage der Verhältnisse eine Reihe von Jahren auf Anstellung warten müßten. Die erwähnte Ueberfüllung wird auch auf die Anstellung der Schülerinnen der städtischen und privaten Lehrerinnen-Bildungsanstalten einwirken; es muß damit gerechnet werden, daß diese Schülerinnen vorläufig im Volksschuldienst nur zum geringen Teil Verwendung finden können.

* **Beamtenhochschulkurse.** Nachdem die Beamtenschaft durch zahlreiche Beteiligung an den im Sommerhalbjahr stattgefundenen Beamtenhochschulkursen ein äußerst reges Interesse an ihrer beruflichen Weiterbildung bekundet hat, sollen die Vorlesungen, welche bis jetzt nur kurze Einführungen in die betreffenden Wissensgebiete bringen konnten, nunmehr im Winterhalbjahr ihre Fortsetzung und entsprechende Erweiterung finden. Die Vorlesungen sollen etwa Mitte Oktober wieder beginnen. Weitere Auskunft erteilen auf schriftliche Anfrage bereitwilligst der Obmann, Oberpostsekretär Lehmann, Cecilienstr. 95 und der erste Schriftführer, Magistratsbeamter Golde, Schönitzstr. 15.

* **Wohnungsfürsorge für die Flüchtlinge.** Die aus den östlichen Provinzen und aus Elsaß-Lothringen, Pfalz und Rheinland vertriebenen Deutschen sind im Vaterlande sehr verschieden aufgenommen worden. Dies hat die Regierung bestimmt, die Angelegenheit einheitlich zu regeln. Eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 23. Juli, die noch wenig bekannt zu sein scheint, bestimmt, daß die Gemeinden Deutschen, die unter der Einwirkung des Krieges aus dem Auslande oder aus einer der Grenzmarken geflüchtet oder vertrieben worden sind, den Zuzug zu gestatten haben. Soweit es erforderlich ist, sind sie sogar verpflichtet, ihnen Wohnung zu beschaffen und Hauseigentümer und Mieter zu zwingen, ihnen entbehrliche Wohnräume zu überlassen. Diese Pflicht liegt dann vor, wenn die Vertriebenen von den zuständigen amtlichen oder amtlich beauftragten Fürsorgestelle zugewiesen werden. Es ist nach diesen Bestimmungen nicht mehr gestattet, Vertriebene hinter wohnungssuchende Einheimischen zurückzusetzen; im Gegenteil ist geradezu anerkannt, daß der obdachlose Vertriebene vor dem Einheimischen zu berücksichtigen ist, der, wenn er eine Wohnung sucht, noch eine Weile ausharren kann. Wir zweifeln nicht daran, daß sich Wohnungs- und Mietseinigungsamt unserer Stadt bei ihren Entscheidungen von den menschenfreundlichen, das schwere Schicksal unserer vertriebenen Volksgenossen würdigenden Grundsätzen der Reichsregierung leiten lassen. Hd.

Vom Auto erfaßt. Gestern vormittag wurde in der Trothaer Straße ein 5 Jahre alter Knabe von einem aus Morl gekommenen Kraftfahrzeug, das in rasendem Tempo nach der Innenstadt fuhr, umgefahren und im Gesicht und an beiden Armen verletzt. Lebensgefahr für das Kind besteht nicht. Das Kraftfahrzeug, das sich seiner Feststellung durch die Flucht entzog, ist ein graugestrichenes Geschäftsfahrzeug. Hinter dem Führer des Kraftfahrzeuges saßen ein Mann und eine Frau, die beide ihm im Sitzen erheblich überragten.

Kampf mit Spitzbuben. Zwei unbekannte Männer, die in vergangener Nacht auf der Schieferbrücke von einem Beamten wegen Verdachts des Diebstahls gestellt wurden, überwältigten den Beamten und ergriffen die Flucht. Das Diebesgut, mehrere Kisten Zigarren, warfen sie von sich. Es ist sichergestellt. — Ein Zuschläger, der wegen Einbruchsdiebstahl festgenommen werden sollte, leistete Widerstand, so daß der Beamte von seiner Waffe Gebrauch machen mußte und ihn unschädlich machte. — In letzter Nacht wurde in der Kronprinzenstraße eingebrochen. Die Täter, die durch Hausbewohner gestört wurden, sind unerkannt entkommen. Gestohlen ist nichts. — In derselben Nacht wurde in der Lindenstraße eingebrochen und Kleidungsstücke und Wäsche im Werte von mehreren 1000 Mk. gestohlen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Vivarium, Verein für Aquarien- und Terrarienkunde e. V. Der für die vorige Sitzung angekündigte Vortrag, Dr. Tänzer, „Die Malariamücke und ihr Vorkommen bei Halle", wird am Freitag, den 5. September, 8½ Uhr, in Bauers Restaurant, Rathausstraße, gehalten. Gäste willkommen.

* **Cumberland,** das telepathische Phänomen, experimentierte gestern abend in den Thaliasälen vor einem ausverkauften Hause. Die im ersten Teile seiner Vorführungen gezeigten „Gedanken-Uebertragungen" von aus dem Publikum genommenen „Medien" auf ihn selbst waren für Halle nicht neu, sondern bereits wiederholt, z. T. schon exakter, wirkungsvoller, dargestellt. Verblüffend wirkte dagegen das, was der Herr auf dem Gebiete der „Wach-Suggestion" darbot. Nicht durch das Mittel der hinlänglich bekannten Hypnose, in welcher er sich die Gefolgschaft dafür empfänglicher Personen sichert, verschafft der Telepath sich Erfolge, sondern indem er vollständig wache Personen, Herren wie Damen, zwingt, das, was er will, zu tun. Die vorgeführten Experimente waren völlig überzeugend und äußerst interessant, um so mehr, als es dem Künstler gelang, eine Massen-Suggestion hervorzurufen, die auch den leisesten Verdacht des Schwindels beseitigte. Die weiteren Vorführungen des Herrn Cumberland dürften mit Recht größeres Interesse begegnen.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, wird Flotows romantisch-komische Oper „Martha" mit den Damen Schwarz und Böhmer und den Herren Barck, Burt, Roesler, Schreiber in den Hauptpartien unter musikalischer Leitung von Karl Nöhren in der Inszenierung von August Roesler zur Aufführung gebracht. Donnerstag „Stein unter Steinen". Freitag „Hannerl". Sonnabend „Einsame Menschen". Sonntag, Anfang 6 Uhr, „Götterdämmerung".

Zoologischer Garten. Morgen, Donnerstag, nachmittags vier Uhr und abend 7½ Uhr, finden Konzerte von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt statt. Die Vortragsfolgen enthalten Tonwerke von Grau, Gluck, Sullivan, Seidel, Flotow, Gilbert, Lincke, Fucik, Weber, Godard, Schmeling, Haupt, Friedrich II, Kistler Strauß, Ball, Schreiner und Komzak. Die Eintrittspreise sind aus der Anzeige zu ersehen. Wittekind-Abonnenten haben zum Abendkonzert freien Zutritt.

Aus der Provinz.

Merseburg. Auf welcher Seite sitzen die Lügner? Unter dieser Ueberschrift „beweist" das „Volksblatt" abermals in einer Notiz, daß in Ober-Farnstedt 88 Mitglieder von unserer Partei zu den Unabhängigen übergetreten sind. Der ganze Vorgang datiert noch aus der Zeit der Wahlen zu der Nationalversammlung, bei der wir mit den Unabhängigen in eine sogenannte Listenverbindung eingegangen waren. Die vollständig parteilose Bevölkerung verlangte damals eine Versammlung und wir machten dabei 88 Aufnahmen für unseren Parteiverein. Es war das erste Mal, daß in Ober-Farnstedt die Sozialdemokratie so fest Fuß gefaßt hatte. Die Unabhängigenagitatoren, die auf diesen Erfolg sehr neidisch waren, begannen natürlich sofort mit ihrer „Gegen"aktion, beschwatzten den Empfänger der Mitgliedsbücher und verleiteten ihn zu grobem Vertrauensbruch, indem er die Mitgliedsbücher einfach unterschlug und nicht an die Empfänger ablieferte. Dieser Tat rühmt sich der Betreffende noch in einem vom „Volksblatt" veröffentlichten Briefe, was bei der „Kampf"-art dieser Leute wohl nicht weiter verwunderlich ist. Auf diese Art und Weise werden den gläubigen Lesern des „Volksblattes" Uebertritte ganzer S. P. D.-Vereine vorgelogen. Man kann es den Volksblatt„wahrheitlern" nicht verdenken, wenn sie derartige „Berichte" aus der weitesten Vergangenheit (Februar) heranholen müssen, da sie doch „an der Hand von Beispielen" „beweisen" müssen, wie sie „vorwärtsschreiten" und fortwährend „wachsen".

Schafstädt. Stadtverordneten-Versammlung. Vorst. Pix eröffnete die Sitzung und stellte die Zahl der anwesenden Stadtverordneten fest. Er gab bekannt, daß Stadtv. Fuffziger sein Mandat niedergelegt hat. (Selbiger wollte der U. S. P. nicht durch Dick und Dünn folgen und wurde deshalb von dieser gezwungen, sein Mandat niederzulegen.) An Stelle des Erkrankten Stadtv. Ranke wurde der Stadtv. Engelmann vom Bürgermeister Krafft in sein Amt eingeführt. Der Distriktsleiter der U. S. P. war schon als Sekretär gewählt, es mußte aber aus unbekannten Gründen zur Neuwahl geschritten werden. Stadtv. Maßmann (U. S. P.) erklärte, daß seine Fraktion sich zu einer Besprechung zurückziehen müßte. Gen. Meißner antwortete darauf, daß dies doch eine starke Zumutung sei, wo doch über diesen Punkt noch nicht debattiert worden ist und jeder Stadtverordnete acht Tage Zeit hatte, sich über die Tagesordnung zu orientieren. Da die U. S. P. Anstalten machte, sich zurückzuziehen, verließen sämtliche Stadtverordneten der anderen Parteien den Saal. Nach Rückkehr der U. S. P. stellte Stadtv.-Vorsteher Pix fest, daß die Versammlung beschlußunfähig geworden sei und schloß dieselbe. — Genossen, ihr seht hiermit wieder, welche Rechte sich die Unabhängigen, dort wo sie in der Mehrzahl sind, herausnehmen.

Gerbstedt. Stadtverordneten-Versammlung. Neueingeführt werden die Stadtverordneten Gebhardt und Lier und zwar an Stelle des ausgeschiedenen Hufenreuter und Lange. Als 2. Punkt werden die Wahlen des Beigeordneten, der Magistratsmitglieder und der Kommissionen und Deputationen vorgenommen. Als Beigeordneter wird der Gärtnereibesitzer Körber gewählt. Zu Mitgliedern des Magistrats werden gewählt: Herm. Breitenbach und Hermann Meißner (S. P. D.), Wilh. Beier (U. S. P.) und Herm. Brückner (Dem.). Die Kommissionen und Deputationen bleiben in ihrer bisherigen Zusammensetzung bestehen. Die Wahl der Vertreter zur Generalversammlung der Halle-Hettstedter Eisenbahn — die Stadt hat für 75 000 Mark Aktien im Besitz — ergab die Wahl von Bürgermeister Sonnenberg und der Stadtv. Fügner und Hummel. Auf die Aufforderung des Regierungspräsidenten, hier am hiesigen Orte eine gewerbliche Fortbildungsschule zu errichten, wird eingegangen und nach lebhafter Debatte beschlossen, eine solche einzurichten. Einer alten sozialdemokratischen Forderung gemäß findet der Unterricht während der Arbeitszeit statt.

Löbnitz a. Linde. Oeffentliche Einwohnerversammlung. Im Gasthof spricht am Sonnabend abend 8 Uhr im Auftrage des sozialdemokratischen Vereins Gen. Herbst-Halle über Pflichten und Rechte des Staatsbürgers im neuen Staate. Wegen des wichtigen Themas müssen alle Einwohner in dieser Versammlung erscheinen.

Naumburg. „Unerhörtes Zeitungsverbot". Zu der unter dieser Spitzmarke am 16. August in der Volksstimme erschienenen Notiz wird uns vom Garnisonkommando mitgeteilt, daß deren Inhalt den Tatsachen nicht entspricht. Es ist lediglich eine unserer Zeitungsträgerinnen abgewiesen worden, die nicht im Besitze eines vorgeschriebenen Passierausweises war.

Delitzsch. Verkauf von Auslands-Schweinefleisch. Wegen Mangels an Schlachtvieh wird an Stelle von Frischfleisch für die Wochen vom 1.—7. und 8.—14. September Auslands-Schweinefleisch ausgegeben. Es gelangen daher in den hiesigen Fleischereien am Mittwoch, den 3. d. M., auf den Kopf der fleischversorgungsberechtigten Bevölkerung 400 Gramm Auslandsschweinefleisch zum Preise von 4,15 M. für das Pfund zum Verkauf; Kinder erhalten die gleiche Menge. Die Fleischkartenabschnitte für die Wochen vom 1.—7. und 8.—14. September sind vom Verkäufer abzutrennen und im Rathaus Zimmer Nr. 1 bis 5. d. M. in Bündeln zu je 100 Stück abzuliefern. Auslands-Weizenmehl bis 6. d. M. auf Abschnitt Nr 94 der Lebensmittelscheine und gegen Vorzeigung der Brotkarten je 1 Pfund für 83 Pfg; Selbstversorger ausgeschlossen. Butter vom 2. d. M ab 50 Gramm für 60 Pfg. Kartoffeln vom 1. d. M. das Pfund für 14 Pfg.; Menge wie bisher.

Nebra. So kann es nicht weiter gehen. Diesen Hilferuf stößt das „ehrenwerte" und „prinzipientreue" Volksblatt in seiner letzten Nummer aus. Dieses Preßreptil, daß unsere Genossen ständig in der gehässigsten Weise anläßt, das sich mit einem Kranz „revolutionärer" Arbeiter umgeben hat, die bis zur Revolution die stärksten Säulen gelber, arbeiterfeindlicher Vereine waren, beklagt sich bitter über reaktionäre Taten kräftiger Unentwegter. Das Blatt zeichnet ungefähr folgendes Bild seiner eigenen edelsozialistischen Arbeiter„vertreter": Haben die Arbeiter dazu ihre Vertreter in die Stadtstube entsandt, damit diese bei jeder Gelegenheit umklappen wie die Taschenmesser? Anstatt einen unserer Genossen zum zweiten Bürgermeister zu wählen, wählt ein Teil der Arbeitervertreter den stockreaktionärsten Kriegervereinshäuptling, der durch seine ganze bisherige Tätigkeit bewiesen hat, daß er nicht das geringste für die Arbeiterinteressen übrig hat. Allerdings nach der Novemberrevolution, da spielte auch dieser Herr den Bekehrten und wurde Volksblattleser, aber jetzt, nun die Reaktion ihr Haupt erhebt, will er mit dem Volksblatt nichts mehr zu tun haben. Wir werden es zu tragen wissen! Aber wie unsere eigenen Genossen einem derartigen Reaktionär Vertrauen entgegenbringen konnten, dafür wird jedem Arbeiter das Verständnis abgehen. Die Hauptschuld an diesem Vorkommnisse trägt der Stadtverordnetenvorsteher Genosse Franz Schmidt, welcher auch schon bei der vor einigen Wochen erfolgten Bürgermeisterwahl dem sozialdemokratischen Bewerber jede Befähigung absprach und für einen vorsintflutlichen Bürgerlichen stimmte. — Man muß sich nur über die naive Frage betr. der Entsendung der umklappenden Arbeitervertreter wundern, wo doch dasselbe unfehlbare Blatt der Nebraer Arbeiterschaft diese Leute warm empfohlen hat. Eine Zeitlang konnte es sich dieser „stockreaktionäre Kriegervereinshäuptling" erlauben, unter dem schützenden Protektorat des „Revolutionsblattes" „verräterische" Mehrheitssozialisten zu beschimpfen. Wenn selbst erste Leuchten der „Unabhängigen", wie der Herr Schmidt derartige Schnitzer fertig bringen, so liegt das doch letzten Endes nur an der politischen „Aufklärung", die die neugewonnenen Anhänger aus den Spalten des halleschen „sozialistischen Weltblattes", dem Volksblatt, schöpfen können.

Aus aller Welt.

Dessau. Die Stadt ohne Gas. Die Gasversorgung Dessaus ist seit langem ungünstiger als die mancher anderen Städte gewesen. Lange Sperrstunden, die allen privaten Gasabnehmern und allen gasverbrauchenden gewerblichen Unternehmungen größte Schwierigkeiten und arge Verlegenheiten bereitet haben, waren längst üblich. Trotzdem wurde bei der Gasanstalt, einem Unternehmen der Gaskontinentale, nur gewissermaßen aus der Hand in den Mund gelebt und die Befürchtung eines völligen Versagens der Gaserzeugung und -lieferung wuchs täglich. Die Anstalt konnte die ihr bei der Kohlenkontingentierung für ganz Dessau zugemessenen Kohlenmenge nicht erhalten, die an sich schon sehr klein war. Am Montag vormittag trat die Katastrophe ein. Die Anstalt sah sich zum hohen Verdruß fast der gesamten Bevölkerung gezwungen, öffentlich bekanntzugeben, daß die Gaslieferung sofort gänzlich eingestellt werden müsse, da zur Gaserzeugung keine Kohle mehr vorhanden und auch eine erwartete Sendung mit üblichem Frühzug ausgeblieben war. Die Bestürzung war allgemein, und die Folgen der völligen Sperre werden hart empfunden. Erst mit Eingang der Kohlen, die offenbar unerwarteter Verkehrsschwierigkeiten wegen ganz ausgeblieben waren, ist mit der Wiederaufnahme der Gaserzeugung zu rechnen. — Die Kohlennot ist aber auch im übrigen in Dessau besonders groß, da das der Stadt zugebilligte Kontingent recht klein ist. Der Staatsrat und auch die Stadtverwaltung erörtern ernstlich die Brennstoffversorgung und hoffen durch Zuweisung von Brennholz äußerster Not begegnen zu können.

Magdeburg. Um 150 000 Mark geprellt. Um 150 000 Mark wurden mehrere Magdeburger Geschäftsleute betrogen. Zwei Fremde, anscheinend Russen, boten ihnen zu einem günstigen Preise zehn Kilogramm Platinbruch an. Nachdem die 150 000 M. gezahlt waren, stellte sich heraus, daß der angebliche Platinbruch aus Silberstaub und wertlosem Metall bestand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190903-17/fragment/page=0005

Breslau. Streik in schlesischen Papierfabriken. Die „Breslauer Zeitung" meldet aus Hirschberg: In sämtlichen Papierfabriken des Riesengebirgs haben heute die Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt. Es feiern rund 1800 Mann. Damit ist einer der wichtigsten Papiererzeugungsdistrikte der Provinz Schlesien stillgelegt worden.

Glatz. Eisenbahnunglück. Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich vorgestern nachmittag um 5 Uhr bei der Einfahrt des Zuges der Eulengebirgs-Kleinbahn von Wünschelburg in den Bahnhof Mittelsteine. Die beiden Wagen hinter der Lokomotive sprangen aus bisher unaufgeklärter Ursache in das Kehrgleis. Ein Wagen fiel um. Bisher sind zwei Tote, vier Schwerverletzte und zehn Leichtverletzte festgestellt. Bis zum Eintreffen des Rettungszuges aus Glatz leistete ein dort am Bahnhof anwesender Arzt aus Mittelsteine die erste Hilfe. Von den Schwerverletzten sind zwei während der Ueberführung nach dem Krankenstift in Schelde gestorben.

Hamburg. Zu dem grauenvollen Leichenfund. Nachdem am 30. August der Rumpf zu den am Leinpfad gefundenen Leichenteilen, ebenfalls in Pappkarton befindlich, aus der Alster gefischt war, zog man heute den dazugehörigen Kopf, in Zeitungspapier gewickelt, aus dem Kanal. Er wies verschiedene Verletzungen auf.

Düsseldorf. Vom Schnellzug erfaßt. Am 30. d. M. nachmittags 6 Uhr 6 Min. stieß D-Zug 96 Hamburg—Düsseldorf auf dem Schienenübergang bei dem Haltepunkt Angermund mit einem mit leeren Bierfässern beladenen Kraftwagen der Firma Gebrüder Dietrich A.-G. Bierbrauerei in Düsseldorf zusammen. Der Kraftwagen wurde zertrümmert und der Kraftwagenführer getötet. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Kassel. Explosionsunglück. In dem Vorort Rheingauen in der Nähe des Rangierbahnhofes Kassel und am Schnittpunkt der auslaufenden Bahnlinien nach Halle, Berlin und Hannover ist gestern abend ein militärisches Pulvermagazin einer hiesigen Munitionsfabrik in die Luft geflogen. Eine große Menge von Munition wurde vernichtet. Die Feuerwehr konnte sich nur darauf beschränken, die umliegenden Gebäude zu schützen. Der Bahnverkehr war mehrere Stunden gesperrt. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind Menschenleben nicht zu beklagen. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Die Entstehungsursache ist nicht bekannt, wahrscheinlich aber auf Selbstentzündung zurückzuführen.

Gewerkschaftliches.

Otto Wels aus dem Tapeziererverband ausgeschlossen.

Berlin, 3. Sept. Der Verbandstag des Tapeziererverbandes hat laut „Lok.-Anz." mit 22 gegen 19 Stimmen beschlossen, den früheren Stadtkommandanten von Berlin und neuerdings Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, aus der Gewerkschaft auszuschließen, weil er an den blutigen Ereignissen vom 6. und 24. Dezember mitschuldig sei.

Vermischtes.

Neu-Deutschland 57 Millionen Einwohner. Eine Bevölkerung von nur 57 Millionen erwartet die Statistik unter Umständen von dem verbliebenen Rest des Deutschen Reiches. Es wird dies dann der Fall sein, wenn wir außer Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet noch Oberschlesien, Posen, drei Viertel von Westpreußen, den Regierungsbezirk Allenstein und Nordschleswig verlieren. Diese Gebiete zählten 1910 rund 9,2 Millionen Einwohner. Je nach dem Ergebnis der Abstimmung kann sich die Volkszahl bis auf 60 Millionen erhöhen. Wahrscheinlich zählt das heutige Gebiet des Deutschen Reiches zu Ende 1919 nur noch 66,7 Millionen. Nach den Verhältnissen in den Städten von mehr als 40 000 Einwohnern bleibt die Sterblichkeit auch noch in der ersten Hälfte dieses Jahres über dem Zuwachs an Geburten. Fraglich ist, ob sich in der zweiten Hälfte im vierten Vierteljahr die Zahl der Geburten infolge der Rückkehr der Männer erheblich steigern wird. Aber selbst dann noch haben wir mit einem Ausfall zu rechnen. Der gesamte Bevölkerungsrückgang wird für das Reich auf diesen 1½ Millionen berechnet.

Der Schmuggelprozeß des Prinzen Wied gelangte diesen Dienstag in Trelleborg zur Verhandlung. Der schwedische Advokat erklärte, Prinz von Wied habe dringende Gründe für die Ausfuhr der Schätze gehabt. Die Sicherheitszustände in Deutschland seien so ungenügend, daß es gefährlich gewesen wäre, den Schatz dort zu belassen. Das Recht zur Ausfuhr leite er aus seiner Exterritorialität als ehemaliger Fürst von Albanien her. Er hätte um Erlaubnis zur Ausfuhr nachgesucht, da die Antwort aber voraussichtlich noch sehr lange auf sich warten lassen würde, sei er zur Selbsthilfe geschritten. Es sei nicht seine Absicht gewesen, die schwedische Zollbehörde um die ihr zukommende Steuer, die bei einem Wert des Schatzes von 6 Mill. Kronen, etwa 270 000 Kronen, also eine Million Mark betragen hätte, zu bringen. Zollfiskal Hallström widersprach dem Vertreter des Prinzen zu Wied in jeder Weise. Er bestritt, daß die beiden beim Schmuggel Ertappten, die Absicht gehabt hätten, die Schätze zu verzollen. Auf Antrag des Reichsanwalts wurden die Verhandlungen auf den 29. September vertagt. Von Interesse ist, daß seinerzeit zwar eine ganze Menge Leute den Vorgang beobachtet, aber nichts für die Anhaltung der beiden Deutschen getan haben. Diese wurde erst auf Veranlassung des Assistenten Jönsson vorgenommen. Falls die schwedische Behörde die Beschlagnahme der Wertsachen ausspricht, bekommt die schwedische Regierung ein Viertel des gesamten Wertes, während drei Viertel dem Angeber Jönsson zufallen würden.

Die Zerstörung der deutschen Luftschiffe. Zu der englischen Meldung von der Zerstörung 12 auszuliefernder Luftschiffe erfahren die P. P. N.: Von den zerstörten Luftschiffen waren einige bereits während des Krieges abmontiert worden, weil sie unbrauchbar geworden waren. Sieben Luftschiffe sind von den Mannschaften im Anschluß an die Vorgänge in Scapa Flow zerstört worden.

Mutter und Kind.

Die Sense singt das Erntelied,
Und Mann und Frau schafft nimmermüd.

Es wuchs das Korn, Reif ward die Frucht.
Goldgelb erglänzt die Aehrenwucht.

Nun gibt es keine Stunde Rast,
Bis eingebracht die Erntelast.

Ihr Kind die junge Mutter bracht'
Hinaus aufs Feld. Da gibt sie acht.

Da tränkt sie es zu seiner Zeit,
Und ist zur Arbeit stets bereit.

Das Kleine ruht in Glanz und Grün,
Blauhimmel wölbt den Baldachin.

Und Blumen nicken bunt im Sand;
Zu fassen tastet sie die Hand . . .

Die Kinderaugen staunend spähn
Nach all dem neuen, was sie sehn.

Die junge Mutter schaut und schafft:
Den Blick voll Glück, die Hand voll Kraft

Heimat: es wuchs nach Not dir Brot,
Nachwuchs er kam dir nach Krieg und Tod!

Der

Sozialismus

steht im Vordergrunde des Interesses!

Arbeiter
Angestellte
Beamte
Freie Berufe

lest die

Volksstimme

Eingesandt.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung).

„Wer schimpft, hat Unrecht." Dieses Sprichwort gilt auch für Herrn Bock vom Volksblatt. Ich will nicht in seinen Ton verfallen. Herr Bock kennt mich als einen, der allem persönlichen Streit aus dem Wege geht. Aber vielleicht nimmt Herr Bock doch noch Belehrung an und deshalb will ich einige Worte zur Sache sagen.

Als „abhängiger" Sozialdemokrat trete auch ich jederzeit für meine Leidensgenossen ein, wie Herr Bock es in Lippspringe getan haben will. Allerdings mit dem Unterschiede, daß es mir nur darauf ankommt, den Leidenden wirklich zu helfen und Mißstände zu beseitigen, nicht darauf einen Skandal zu provozieren.

Ich selbst bin voriges Jahr in Sülzbein in gleicher Lage gewesen wie Herr Bock in Lippspringe. In Sülzbein waren genau dieselben Verhältnisse bei den Pensionsinhabern wie in Lippspringe. Auch in Sülzbein suchte auf Kosten der Patienten die Reichsversicherungsanstalt zu sparen ohne Rücksicht darauf, ob die Patienten satt zu essen hatten oder die sanitären Einrichtungen so angewendet wurden, wie es zur Heilung notwendig war.

Ein regelrecht gewählter Patientenausschuß unter meiner Leitung hat sich dann beschwerdeführend an die Reichsversicherungsanstalt gewandt und die Berechtigung der Beschwerden dem von dort entsandten Reg.-Rat durch Belege und Zahlen nachgewiesen. Mit diesem Vorgehen wurde ein voller Erfolg zur Besserung erreicht. Ich wünschte im Interesse der armen Patienten, Herr Bock wäre auch diesen Weg gegangen, zumal er ihn durch mich kannte. Nicht überall kann man seinen unabhängigen Schimmel reiten, und praktische Arbeit kann man auch nicht mit Worten, sondern nur durch Taten erreichen, wie ja auch Herr Bock von seinen Oberbonzen nicht nur geredet sondern sie bestellt hat. In einem hätte ich vielleicht an Stelle unserer Redaktion anders gehandelt. Ich hätte die Berichtigung des H. B. wortgetreu abgedruckt. Ob aber Herrn B. damit gedient wäre, das erlaube ich mir stark zu bezweifeln. H. D.

Um die Kapitulanten. Dem Herrn Einsender des Eingesandt in Nr. 196 empfehle ich, sich zunächst einmal das Kapitulanten-Abfindungsgesetz anzusehen

Zunächst mache ich den Herrn darauf aufmerksam, daß ein Kapitulant bis 7jähriger Dienstzeit überhaupt nichts erhält. Die darüber Dienenden erhalten für 1 Jahr Wartegeld (Arbeitslosenunterstützung) in Höhe von monatlich 200 M. Ueber 12 Jahre Dienende eine solche von 200 M. auf die Dauer von 2 Jahren. Diese 2 Jahre werden aber bei weitem nicht hinreichen. Bis zur Erlangung einer Beamtenstellung, um deretwillen wir kapituliert haben, vergehen mindestens für eine große Anzahl 3—4 Jahre.

Der Herr Einsender mag sich auch damit beruhigen, daß uns Kapitulanten fernliegt, von dem Staate Almosen anzunehmen. Vorläufig arbeiten wir noch für das uns bewilligte Geld in den militärischen Büros, Abwicklungsstellen, Versorgungsämtern usw.

Was meint der Herr Einsender mit der Bemerkung, die Herren hätten genug verdient während des Krieges? Meint er etwa damit uns Kapitulanten? Da scheint dem Herrn die Kriegsbesoldungsvorschrift wenig bekannt zu sein. Ich verweise in dem Eingesandt, daß der betr. Herr nicht auf unsere Bezüge vor dem Kriege hingewiesen hat. Ich habe schon damals die paar Pfennige von Muttern zugesetzt. Alle 10 Tage hatte ich als Vize-Feldw. mit meiner Frau und zwei Kindern die wahnsinnige Summe von 22 Mark 40 Pfennigen zu verbrauchen.

Außerdem scheint es mit der sozialen Gesinnung des Herrn Einsenders nicht weit her zu sein. „Warum soll nicht ein Schuhknecht Beamter und ein Sattlergeselle Reichspräsident werden?" Herr P. H. würde in der Konservativen Partei ein würdiges Mitglied abgeben. W. B.

Gegen den Fellwucher! Wer Kaninchen, Schafe oder sonstiges Pelzwerk lieferndes Kleinvieh hält, weiß, wie schwer es ist, die Tiere heutzutage durchzufüttern. Vor gar nicht langer Zeit zahlte mir ein Fellaufkäufer für gut gespannte und getrocknete Kaninchenfelle Stück für Stück 45 Pfg. Der Preis genügte mir zwar ganz und gar nicht, doch was sollte ich denn machen. Eine Schwalbe macht keinen Sommer, sagt das Sprichwort, und einzelne Züchter und Fellerzeuger kann die Preise im Festhandel nicht diktieren. Gestern kam nun wieder einer nach Fellen und bot 2 Mark für jedes gut behandelte, große Kaninchenfell. Ich wunderte mich natürlich über die anständige Bezahlung und fuhr auf meine Frage, daß es heute zwei Möglichkeiten gäbe, seine Felle zu verkaufen. Der eine Weg führt über den Aufkäufer, Zwischenhändler, Großhändler zum Verarbeiter. Der andere Weg geht vom Erzeuger durch eine Genossenschaft direkt zum Verarbeiter. Hier wird höchstens einmal verdient, so daß die Genossenschaft gleich bessere Preise zahlen kann. Der Verdienst der Genossenschaft kommt am Jahresschlusse wieder allen Genossen zugute, so daß jeder Genosse für seine Felle den Erlös erzielt, der überhaupt erzielt werden konnte, im obigen Falle wie gesagt nicht nur 45 Pfg. sondern 2 Mark. Wer am Gewinn beteiligt sein will, muß auch Mitglied der Genossenschaft werden. Da bin ich mich gleich bei der Fellverwertung Sachsen-Anhalt e. G. m. b. H. Halle (S.) Henriettenstr. 31, angemeldet, die übrigens auch hier eine Sammelstelle hat. Kleintierzüchter, wenn wir uns nun zusammenschließen, können wir den Fellwucher am nachdrücklichsten bekämpfen F. L.

Letzte Depeschen.

Aenderung der deutschen Verfassung?

Forderung des Obersten Rates der Alliierten.

Berlin, 2. September. Zu der Meldung von „Le Journal" über die Forderung des Obersten Rates der Alliierten nach einer Aenderung der deutschen Reichsverfassung innerhalb 15 Tagen erfährt die „Deutsche Allg. Ztg." daß eine diesbezügliche Note des Obersten Rates gestern abend eingetroffen ist. Das „B. T." schreibt zu der Forderung: Gegenüber dem vom Obersten Rate vertretenen Standpunkt ist zu betonen, daß Deutschland sich im Friedensvertrag nicht verpflichtet hat, von jedem Gedanken der Vereinigung mit Deutschösterreich abzustehen, vielmehr hat Deutschland in Artikel 80 des Friedensvertrages anerkannt, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt.

Infolge des Hafenarbeiterstreiks in Kopenhagen ist laut „Deutscher Allgem. Zeitung" die Fahrt der dänischen Amerikaboote nach Amerika eingestellt worden. Der anarchistische Zustand im Hafen dauert an. Von einer Vermittelungsaktion ist im Augenblick keine Rede.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: J. V.: Ad. Thiele, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Unter den vielen Mitteln, die bei **Rheumatismus**, Gicht (Podagra), **schlechter und fehlerhafter Blutbeschaffenheit**, Blutarmut, **Bleichsucht, Nervosität** angewendet werden, sind die natürlichen Heilwässer seit Jahrhunderten geschätzt. Auch besonders die neueren Forschungen der Wissenschaft haben das Ergebnis hervorgebracht, daß den natürlichen Mineralwässern unbedingt eine hervorragende Stelle einzuräumen ist. Diese Erkenntnis hat sich erklärlicherweise auch auf die breite Masse des Publikums übertragen, wo man sich heute darüber einig ist, daß durch den Genuß der von der Natur dargebotenen Quellen die besten Erfolge herbeigeführt werden. Unter den Mineralwässern ist besonders der Lauchstädter Brunnen zu empfehlen. Der Brunnen ist kein neues Präparat, dessen Wirkung noch nicht ausprobiert ist, vielmehr stützen sich die mit ihm erzielten Erfolge auf eine mehr als 200jährige Erfahrung. Der Lauchstädter Brunnen hat den Vorzug, daß er angenehm und erfrischend schmeckt und im eigenen Heim ohne Rücksicht auf Beruf oder Geschäft getrunken werden kann. Man braucht keine teure Badereise zu machen, wenn man zu Hause mit der Familie frühmorgens nüchtern und abends einige Gläser Brunnen trinkt.

Lauchstädter Brunnen ist in allen einschlägigen Geschäften zu kaufen. Man büte sich vor Nachahmungen und verlange nur den echten „Lauchstädter Brunnen".

Haupt-Niederlage in Halle: Helmbold & Comp. Drogen- und Mineralbrunnenhandlung, Leipziger Straße 104, Fernsprecher Nr. 6094. — Lieferungen erfolgen frei Haus. —

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

50 Gramm Margarine. In der laufenden Woche werden außer den bereits zur Verteilung bekannt gegebenen 50 Gramm Margarine auf den Abschnitt 300 des Warenbezugsscheines Nr. 24 noch weitere 50 Gramm Margarine zum Preise von 35 Pfg. abgegeben. Der Verkauf erfolgt am Freitag und Sonnabend in den Geschäften, in denen die Haushaltungen zur Butterkundenliste angemeldet sind. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 8. September, abzuliefern.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Donnerstag, den 4. September, auf den Abschnitt 15 der eingetragenen Kunden der Niemberger Molkerei, Rannischstr. 20/21. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Der Preis für ein halbes Pfund beträgt 70 Pfg. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Sonnabend, den 6. September abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Donnerstag, den 4. September 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 69 001 bis 71 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 71 001 bis 74 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 60 Gramm zum Preise von 40 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

250 Gramm Ackerbohnen. An Stelle der in der Woche vom 25. bis 31. August und früher ausgefallenen Fleischmengen gelangen in dieser Woche geschälte Ackerbohnen zum Verkauf. Der Verkauf beginnt am 5. September gegen Abgabe der für die Woche von 1. bis 6. September gültigen Fleischmarken. — 1C bis 1K der Vollkarte, 1B bis 1E der Kinderkarte. — Für jede Person werden 250 Gramm Ackerbohnen (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) verabfolgt. Der Verkaufspreis beträgt 50 Pfg. für 250 Gramm Bohnen. Die Käufer können nur bei denjenigen Verkäufern die Bohnen einkaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Anhalten usw. erhalten die Bohnen auf Grund von Bezugsscheinen, die im Stadternährungsamt, Zimmer 12, ausgestellt werden. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Fleischkartenabschnitte zu Hunderten gebündelt, in verschlossenem und mit der Firma versehenen Umschlag, auf dem die Zahl der Marken und der Restbestand an Ackerbohnen vermerkt worden sind, bis zum 15. September, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von sterilisierter dänischer Vollmilch (Fortsetzung der 3. Sonderverteilung) in der Talamtschule am Donnerstag, den 4. September 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 24 001 bis 27 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 27 501 bis 31 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für einen Haushalt mit 1 bis 3 Personen kann eine Flasche sterilisierte dänisch: Vollmilch, für weitere drei Personen eines Haushaltes kann noch eine Flasche sterilisierte dänische Vollmilch abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 3,50 Mk. für die Flasche. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 3. September 1919. Der Magistrat.

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

11. Butterwoche. Von Donnerstag früh ab findet in sämtlichen Buttergeschäften gegen Abgabe der 11. Buttermarke Verkauf von Margarine statt. Auf jede Marke werden 50 Gramm zu 50 Pfg. verabfolgt. Auslieferungstag der Marken, Dienstag, den 9. September 1919.

Quarkverkauf. Von heute mittag 1 Uhr ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 15. Margarinemarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 56 Pfg. abgegeben. Bezirk, Merseburgerstraße 751—1875. Die Abholung hat bis zum 4. September mittags 12 Uhr zu erfolgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190903-17/fragment/page=0006